

Lindner, Rainer

Research Report

Russlands defekte Demographie: Zukunftsrisiken als Kooperationschance

SWP-Studie, No. S 11/2008

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Lindner, Rainer (2008) : Russlands defekte Demographie: Zukunftsrisiken als Kooperationschance, SWP-Studie, No. S 11/2008, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/252669>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Rainer Lindner

Russlands defekte Demographie

Zukunftsrisiken als Kooperationschance

S 11
März 2008
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2008

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

- 5 **Problemstellung und Empfehlungen**
- 7 **Dimensionen der demographischen Krise**
- 7 Bevölkerungsentwicklung
- 10 Gesundheitskrise
- 12 **Zukunftsrisiken: Eingeschränkte Staatlichkeit**
- 12 Fehlende Arbeitskräfte
- 13 Migration und regionale Differenzierung
- 16 Fehlende Rekruten
- 18 **Demographiediskurse:**
- »Weniger Volk – weniger Souveränität!«**
- 18 Drittes Trauma in postsowjetischer Zeit
- 19 Demographie im Wahlkampf
- 20 Nationalismus als Antwort
- 22 **Politische Konzepte: »Souveräne Demographie«**
- 22 Staatliche Demographiestrategie bis 2025
- 23 Nationale Projekte –
Gesundheit und Wohnraum
- 25 Migrationsprogramm
 »Landsleute nach Russland!«
- 27 Nichtstaatliche Lösungsvorschläge
- 28 **Fazit und Handlungsempfehlungen**
- 29 **Abkürzungen**


*Prof. Dr. Rainer Lindner ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der
Forschungsgruppe Russland/GUS*

Problemstellung und Empfehlungen

**Russlands defekte Demographie.
Zukunftsrisiken als Kooperationschance**

Die Regierung der Russischen Föderation hat die Bewältigung der anhaltenden demographischen Krise im Land zur entscheidenden Zukunftsaufgabe erklärt. Die im Oktober 2007 verabschiedete »Konzeption zur demographischen Politik der Russischen Föderation bis 2025« zielt vor allem darauf, die Lebenserwartung zu erhöhen und die Geburtenrate zu steigern. Während eine niedrige Geburtenrate und Überalterungsprozesse auch in anderen europäischen Staaten zu beobachten sind, schlagen in Russland zusätzlich die hohe Sterblichkeit und eine sinkende Lebenserwartung zu Buche. Bis 2025 werden der russischen Volkswirtschaft deutlich weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen; die Zahl der für die russischen Streitkräfte verfügbaren Rekruten wird bereits 2008 unter die Bedarfsgrenze sinken. Regionale Differenzierung und Abwanderung tragen dazu bei, dass der Anspruch Russlands als zurückkehrende Großmacht erheblichen Einschränkungen unterliegt. Trotz Ressourcenreichtums und des vorläufig hohen Ölpreises befürchtet der Kreml, dass Russland in der eigenen Region an strategischer Bedeutung verliert, zumal angesichts des wachsenden chinesischen Bevölkerungs- und Wirtschaftspotentials. Schon jetzt kann die Zentralregierung Chancengleichheit und Wohlfahrt als Dimensionen stabiler Staatlichkeit nicht mehr für das gesamte russische Territorium gewährleisten.

Im Zentrum der Studie steht die Frage, welche Zukunftsrisiken Russland aus der demographischen Krise erwachsen und wie die russische Führung gegenwärtig auf diese Herausforderung reagiert. Die demographische Krise ist ein Strukturfaktor, der die ökonomische, regionale und militärische Sicherheit Russlands, aber auch die Attraktivität des Wirtschafts- und Investitionsstandortes Russland langfristig gefährden kann. Auf dieser Grundlage geht die Studie auf den Demographiediskurs der politischen Eliten und nationalistische Tendenzen ein, die aus dem Rückgang der russischen Bevölkerungsanteile und der Binnenmigration resultieren. Das Interesse gilt darüber hinaus Konzepten wie den »Nationalen Projekten« zur Milderung der demographischen Krise. Für deren Umsetzung war bisher Dmitri Medwedjew zuständig. Jetzt muss sich erweisen, ob diese Projekte über das Wahljahr 2008 hinaus nachhaltig sind.



Angesichts bestehender Interessengegensätze in der Außen- und Sicherheitspolitik im gemeinsamen Nachbarschaftsraum Russlands und der EU könnte die demographische Sicherheit zu einem eigenständigen Kooperationsfeld der »strategischen Partnerschaft« zwischen der EU und Russland werden. Einzelne EU-Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, haben mit ähnlichen demographischen Trends und Migrationsfolgen zu kämpfen. Darüber hinaus ergeben sich Chancen zur Kooperation bei gemeinsamen Investitionsprojekten, etwa in den rohstoffreichen, aber strukturarmen Föderalbezirken Sibiriens. Ziele der Kooperation sollten sein, Wirtschaftswachstum in Russland auch jenseits des Energiesektors zu generieren, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Altersfolgen durch Rentenreformen und Gesundheitsfürsorge abzumildern und eine kontrollierte Zuwanderung aus den postsowjetischen Staaten im östlichen Europa und in Zentralasien zu fördern.

Dimensionen der demographischen Krise

Die demographische Krise Russlands resultiert aus einer geringen Geburtenrate, der europaweit niedrigsten Lebenserwartung, hohen Sterberaten und der Alterung der Gesellschaft. Der Gesundheitszustand der meisten Menschen ist mangelhaft. Hinzu kommen Sonderprobleme wie übermäßiger Alkoholkonsum und Drogenmissbrauch. Die Peripherieregionen Russlands entvölkern sich im Zuge starker Abwanderung bei geringer Zuwanderung. Die Zukunftsrisiken, die sich aus der demographischen Krise ergeben, betreffen die Staatlichkeit Russlands sowie die wirtschaftliche und militärische Sicherheit des Landes.

Bevölkerungsentwicklung

Fertilität. Nach offiziellen Angaben könnte sich die Bevölkerung Russlands bis 2050 von derzeit 142 auf etwa 100 Millionen Menschen verringern.¹ Dafür werden zumeist die niedrige Geburtenrate, die steigende Mortalität und der schlechte Gesundheitszustand verantwortlich gemacht. Der negative demographische Trend hat historische und aktuelle Ursachen: Seit Ende der fünfziger Jahre wurden in der Sowjetunion wie in den westlichen Industrieländern weniger Kinder geboren, als für den Erhalt des Bevölkerungsbestands notwendig gewesen wären. Schon die sowjetische Demographie hatte in den sechziger Jahren einen Bevölkerungsschwund vorausgesagt. Russland wurde von der »demographischen Transition«,² dem historischen Übergang von hohen zu niedrigen Geburten- und Sterberaten, verzögert erfasst. Durch seine nachholende Industrialisierung, die stalinistische Modernisierung von oben und die

Umgestaltung des sowjetischen Dorfes setzten die Urbanisierungsprozesse und der Rückgang der für die ländliche Gesellschaft typischen Großfamilien hier später ein als im übrigen Europa.

Die sowjetische Regierung versuchte Anfang der achtziger Jahre, den rückläufigen Geburtenzahlen durch Kampagnen wie einem bezahlten Babyjahr bei Sicherung des Arbeitsplatzes und des Einkommens gegenzusteuern. Die Geburtenrate ließ sich jedoch auf diese Weise nicht nachhaltig erhöhen.³ Den Kampagnen zur Steigerung der Geburtenrate in der späten Sowjetzeit stand die dramatische Zahl der Schwangerschaftsabbrüche entgegen, die bis in die Gegenwart nur unwesentlich zurückgegangen ist. Für 2005 bestätigte die Vorsitzende des Duma-Komitees für Frauen, Familie und Kinder, Ekaterina Lachowa, die Gesamtzahl von 1,7 Millionen Aborten bei 1,4 Millionen Lebendgeburten.⁴

Die schwachen Geburtsjahrgänge in den Jahren des Umbruchs nach 1991 werden in Russland und anderen postsowjetischen Staaten in absehbarer Zeit für weiter sinkende Geburtenzahlen sorgen. Hinzu kommen regionale Unterschiede. Lediglich in 18 der 81 Föderationssubjekte des heutigen Russlands ist eine ausgeglichene Geburten-Sterbe-Quote zu verzeichnen: in 17 davon leben vor allem nichtrussische Minderheiten. So bringt eine Frau im überwiegend muslimisch bevölkerten Dagestan durchschnittlich 4,9 Kinder, eine Moskauerin jedoch nur 1,4 Kinder zur Welt. Während die demographische Krise vor allem die urbanen ethnisch russischen Bevölkerungsanteile erfasst, nahm in den letzten Jahren die Geburtenrate der muslimischen Bevölkerung stetig zu. Tschetschenen und andere Kaukasusvölker verzeichnen derzeit

1 »K 2050 godu naselenie Rossii mozet umen'sitsja na tret'« [Bis 2050 könnte sich die Bevölkerung Russland um ein Drittel verringern], in: *polit.ru*, 25.10.2006, <www.polit.ru/news/2006/10/25/1_3.html>. Nach UN-Prognosen werden 2015 in Russland 136,5 und 2050 noch 107,8 Millionen Menschen leben; UN Population Division (Hg.), *World Population Prospects. The 2006 Revision*, New York 2007, S. 47, <www.un.org/esa/population/publications/wpp2006/WPP2006_Highlights_rev.pdf>.

2 Vgl. David Coleman, »Immigration and Ethnic Change in Low-Fertility Countries: A Third Demographic Transition«, in: *Population and Development Review*, 32 (2006) 3, S. 401–446.

3 S. V. Zacharov, »Demografičeskij analiz éffekt mer semejnoj politiki v Rossii v 1980-ch gg.« [Demographische Analyse der Effekte der Familienpolitik in Russland in den achtziger Jahren], in: *SPEPO (Social'naja politika: ekspertiza, rekomendacii, obzory)*, (2006) 5, S. 33–69, <http://spero.socpol.ru/docs/N5_2006-33_69.pdf>.

4 Vgl. »Pundits Call for Urgent Measures to Reserve Demographic Decline in Russia« [Source: Channel One TV, Moscow, in Russian, 15:00, 4.12.2005], in: *Johnson's Russia List*, 6.12.2005 (Internetausgabe). Mit weiteren Zahlen: Nicholas Eberstadt, »Russia's Demographic Straightjacket«, in: *SAIS Review of International Affairs*, 24 (2004) 2, S. 9–25, hier S. 13f.

die höchsten Geburtenraten des Landes. So verwundert es nicht, dass seit 1989 der Anteil der Muslime in Russland zwischen 40 und 50 Prozent gestiegen ist. Regionen mit überwiegend muslimischen Einwohnern sind vor allem Tatarstan, Inguschetien, Tschetschenien, Karatschajewo-Tscherkessien, Kabardino-Balkarien und Dagestan. Der Anteil der ethnischen Russen hingegen ging landesweit zwischen 1996 und 2006 von 83 auf 79,8 Prozent zurück.⁵ Einzig das energiereiche Gebiet Tjumen in Westsibirien weist ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen auf, da dort ein höheres Pro-Kopf-Einkommen, der Zuzug junger Familien und die gute soziale Infrastruktur für höhere Geburtenzahlen sorgen.⁶

Mortalität. Der demographische Sonderweg, den Russland abweichend von anderen europäischen und außereuropäischen Staaten eingeschlagen hat, ist vor allem ein Ergebnis der hohen Sterberate. Während in entwickelten Industrienationen wie Deutschland oder Japan, aber auch in China die Alterung zum dominierenden demographischen Problem geworden ist,⁷ wird dieses Problem in Russland noch durch die dramatisch sinkende Lebenserwartung von Frauen und Männern verschärft.⁸ Die geringe Lebenserwartung ist das Ergebnis versäumter Gesundheits- und Sozialreformen sowohl in der sowjetischen als auch in der postsowjetischen Zeit.

Gegenwärtig haben in Russland Männer eine Lebenserwartung von 58,4 Jahren, Frauen von 71,9 Jahren. Damit belegt das Land den 136. Platz weltweit.⁹ Vor allem die Sterberate für Männer im arbeits-

fähigen Alter hat einen beunruhigenden Höchststand erreicht. Seit Mitte der sechziger Jahre gehörte die Sowjetunion aufgrund ihres unterentwickelten Gesundheitssystems und des Alkoholismus zu den Ländern mit geringer Lebenserwartung (1965: 65 Jahre für Männer, 73,6 Jahre für Frauen).¹⁰ Der Abwärtstrend des durchschnittlichen Lebensalters hielt in Russland indes noch an, während die Menschen im übrigen Europa immer älter wurden. Zwischen 1991 und 2003 sank die Lebenserwartung bei Männern in Russland um 4,9 und bei Frauen um 2,4 Jahre. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Mann im Alter zwischen 15 und 60 Jahren sterben wird, lag 2006 in Russland bei 48 Prozent, während die Vergleichswerte in Deutschland lediglich 11,2 Prozent und in Japan gar nur 9,2 Prozent betragen.¹¹

Russland wie auch die Ukraine mit ihrer drastisch sinkenden Lebenserwartung weichen von dem überwiegend positiven europäischen Trend ab.¹² Die im Wahljahr 2007 veröffentlichten Zahlen des russischen Statistikamtes kündeten von einem plötzlichen Ansteigen der Lebenserwartung auf durchschnittlich 66,8 Jahre (Männer auf 60,37 Jahre, Frauen auf 73,23 Jahre) im Jahr 2007. Außerdem war von einer steigenden Geburten- und einer sinkenden Sterberate in nahezu allen Föderationssubjekten Russlands die Rede.¹³ Aus den von den Vereinten Nationen (UN) veröffentlichten Zahlen lässt sich dagegen keine schnelle Trendwende ablesen. Unter der Annahme einer schrittweisen Verbesserung der Gesundheitsversorgung rechnet die UN mit einer wachsenden durchschnittlichen Lebens-

5 Kim Murphy, »The Vanishing Russians, Part III«, in: *Los Angeles Times*, 10.10.2006, S. A-1.

6 Paul Goble, »Culture, Not Cash Driving Demographic Trends in Russia«, in: *Johnson's Russia List*, 21.8.2006.

7 In China wird der Anteil der über Sechzigjährigen 2050 voraussichtlich bei 31% liegen. Der Anteil der arbeitenden Bevölkerung könnte im gleichen Zeitraum auf 47% zurückgehen. Vgl. Anna Marohn, »China: Die demographische Zeitbombe«, in: *Handelsblatt.com*, 23.5.2007 (Internetausgabe). Pakistan dagegen, wo 1975 70 Millionen Menschen lebten, wird 2025 mutmaßlich über 250 Millionen Einwohner haben; vgl. Nicholas Eberstadt, *Some Strategic Implications of Asian/Eurasian Demographic Trends*, Cambridge, Mass.: Harvard Center for Population and Development Studies, November 2004 (Working Paper Series, 14/8), S. 7, <www.aei.org/docLib/20041116_Eberstadt_wp1408.pdf>; vgl. auch Jamestown Foundation, *Eurasia Daily Monitor*, 2 (16.6.2005) 117.

8 Alterspyramide 1979–2026, nach Statistikamt der Russischen Föderation (Goskomstat), <www.gks.ru/WebContent/pyramid/index.html>.

9 A. Višnevskij (Hg.), *Demografičeskaja modernizacija Rossii: 1900–2000* [Demographische Modernisierung Russlands:

1900–2000], Moskau 2006, S. 386. In Deutschland liegt die durchschnittliche Lebenserwartung für ein 2007 geborenes Mädchen bei 82,1 Jahren, für einen Jungen bei 76,6 Jahren. Vgl. »Deutsche werden immer älter«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.8.2007, S. 8.

10 1965 befand sich die Mortalitätsrate der Sowjetunion auf gleicher Höhe mit jener der Industrienationen, bei Frauen lag sie mit 73,6 Jahren sogar höher als diejenige in den USA. Vgl. Evgeny M. Andreev, *Demographic Consequence of Mortality Reversal in Russia*, Paper for the XXV IUSSP International Population Conference, Tours (France), 18.–23.7.2005, <<http://iussp2005.princeton.edu/download.aspx?submissionId=51271>>.

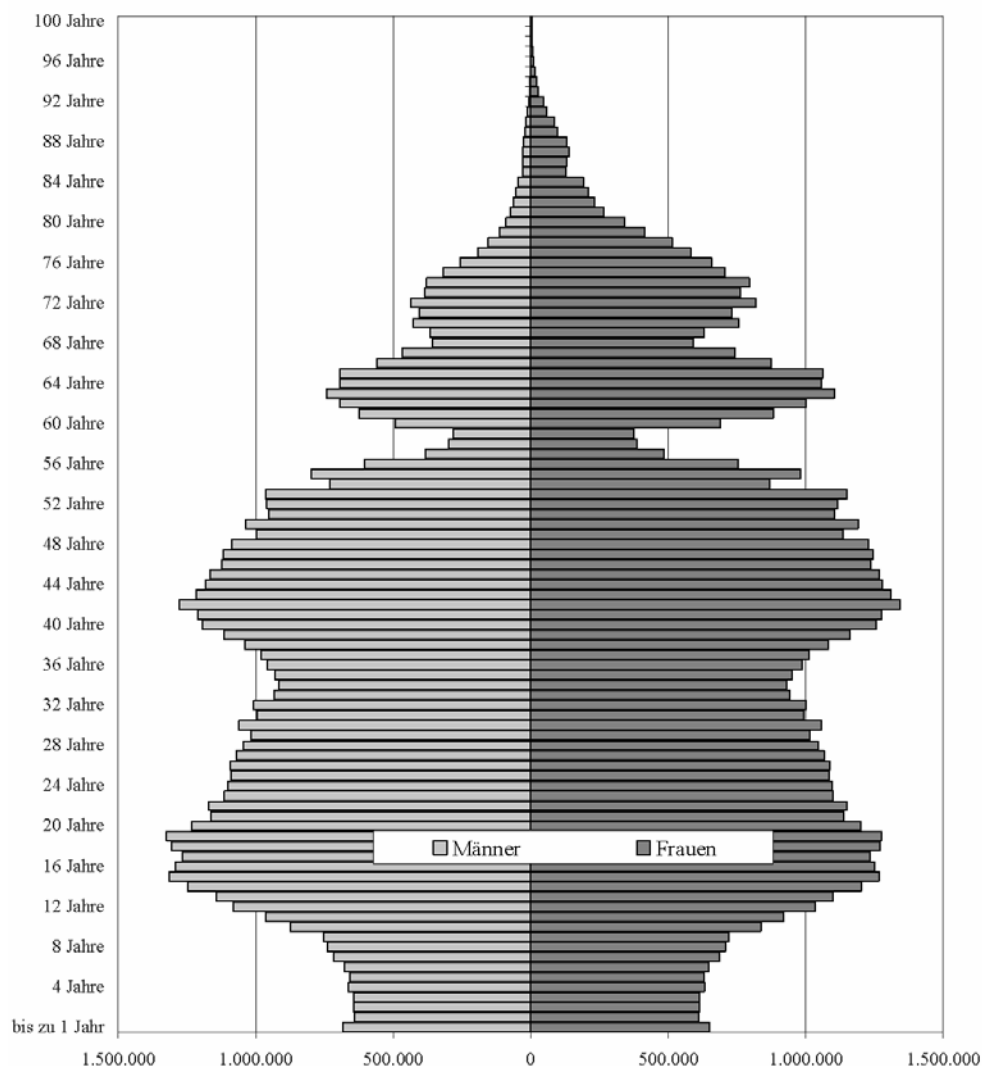
11 Höher ist die Rate nur noch in Afghanistan (50,9%), Sierra Leone (57,9%) und Simbabwe (85,7%). Vgl. Kim Murphy, »The Vanishing Russians, Part I«, in: *Los Angeles Times*, 8.10.2006, S. A-1.

12 Vgl. UN Population Division, *World Population Prospect 2006* [wie Fn. 1], S. 14. In der Ukraine wird demnach die Bevölkerungszahl zwischen 2000 und 2025 um ein Fünftel sinken.

13 Vgl. Statistikamt der Russischen Föderation (Goskomstat): <www.gks.ru/bgd/free/b07_00/IssWWW.exe/Stg/d06/8-0.htm>.

Abbildung 1

Altersstruktur nach der letzten Volkszählung der Russischen Föderation von 2002



Quelle: Daten der Volkszählung unter: <www.perepis2002.ru/ct/doc/_02-01_new.xls> (Goskomstat Rossii [Statistikamt der Russischen Föderation]).

erwartung auf 65,8 Jahre für den Zeitraum 2010–2015 und weiter auf 67,1 Jahre (2015–2020), 68,6 Jahre (2020–2025) und 73,4 Jahre (2045–2050).¹⁴

Alterung. Trotz der hohen Mortalität und einer in den letzten fünfzig Jahren gesunkenen (vor allem männlichen) Lebenserwartung ist in Russland die Alterung ein zentrales Problem. Der Bevölkerungsanteil der über 65-Jährigen wird 2025 bei 18 Prozent

liegen, im Jahr 2000 waren es 12 Prozent.¹⁵ Dies wird die öffentlichen Haushalte erheblich belasten. Die staatlichen Ausgaben für Altenpflege und medizinische Versorgung werden ebenso zunehmen wie der Druck, neue gesundheitspolitische und andere Vorsorgekonzepte für ältere und pflegebedürftige Menschen umzusetzen. Nach dem Wahljahr 2007/08 werden Regierung und Präsident hier zentrale innen-

¹⁴ UN Population Division, *World Population Prospect 2006* [wie Fn. 1], S. 83.

¹⁵ World Bank (Hg.), *Russian Economic Report*, (November 2007) 15, S. 22ff, <http://siteresources.worldbank.org/INTRUSSIANFEDERATION/Resources/RER15_Eng.pdf>.

Tabelle 1
Demographische Kennziffern für die
Russische Föderation

	1990	2006	2007 ^d
Bevölkerungszahl^a (in 1000 Menschen)	147.665	142.754	142.000 ^d
Stadtbevölkerung	108.736	104.105	103.800
Landbevölkerung	38.929	38.649	38.400
Arbeitsfähige ^b	83.943	90.328	o.A.
Lebenserwartung			
Gesamtbevölkerung	69,2	66,8	o.A.
Männer	63,7	60,4	o.A.
Frauen	74,3	73,2	o.A.
Auf 1000 Personen			
Geburten	13,4	10,4	11,78
Tote	11,2	15,2	15,6
darunter			
Kinder < 1 Jahr ^c	17,4	10,2	10,8

a Am 1. Januar des Jahres.

b Männer zwischen 16 und 59 Jahren,
Frauen zwischen 16 und 54 Jahren.

c Auf 1000 Lebendgeburten.

d 1. Oktober 2007.

Anmerkung zur Datenlage:

Die letzte offizielle Volkszählung fand 2002 statt; die nächste Zählung ist für 2010 vorgesehen. Daher handelt es sich sowohl bei den Zahlen des Statistikamts der Russischen Föderation wie auch bei jenen der Vereinten Nationen lediglich um Schätzungen. Die Ergebnisse der Volkszählung von 2002 finden sich unter <www.perepis2002.ru/index.html?id=11>.

Quelle: Statistikamt der Russischen Föderation (Goskomstat), <www.gks.ru/free_doc/2006/b06_13/04-01.htm>; <www.gks.ru/free_doc/2007/b07_11/05-01.htm>; <www.gks.ru/bgd/free/b07_00/IssWWW.exe/Stg/d06/8-0.htm>; <www.gks.ru/bgd/free/b07_00/IssWWW.exe/Stg/d100/8-0.htm>.

politische Aufgabenfelder vorfinden, die über den Rahmen der bislang ins Auge gefassten »Nationalen Projekte« deutlich hinausgehen.¹⁶

Nach Ansicht der Demographen wird die sogenannte Altenlast (*age dependency ratio*) innerhalb der nächsten 15 Jahre zu sozialen Disproportionen führen: 2050 wird nach moderaten Schätzungen der UN ein Drittel der Bevölkerung (32,8%) älter als 60 Jahre sein; zugleich ist zu erwarten, dass die Zahl der 18-jährigen Männer bereits in den kommenden 15 Jahren um 50 Prozent zurückgehen wird.¹⁷ Russlands demogra-

¹⁶ Zu den »Nationalen Projekten« siehe ausführlich unten, S. 23ff.

¹⁷ UN Population Division, *World Population Prospect 2006* [wie Fn. 1], S. 64.

phische Koordinaten werden sich verschieben. Das Gewicht der Rentner in den Alterskohorten nimmt deutlich zu, wie die Abbildung der Alterspyramide auf Seite 9 zeigt. Die auf der letzten Volkszählung von 2002 basierende Graphik veranschaulicht zugleich das Geburtendefizit in den vergangenen sechzehn Jahren.

Gesundheitskrise

Die Gesundheitskrise gehört zum Ursachenkomplex der demographischen Krise.¹⁸ Das historische Erbe der »kostenlosen« Gesundheitsversorgung in der Sowjetzeit wiegt hier noch immer schwer. In den sechziger und siebziger Jahren gab der sowjetische Staat pro Kopf vier- bis sechsmal weniger im Gesundheitswesen aus als die Vereinigten Staaten, Japan oder Frankreich. Die Folge einer schlechten medizinischen Grundversorgung und einer lückenhaften Gesundheits- und Hygieneerziehung ist eine kranke Gesellschaft. Die chaotischen Transformationsprozesse der neunziger Jahre bewirkten eine weitere soziale Differenzierung und eine Verarmung großer Bevölkerungsteile, für die Gesundheit nicht mehr bezahlbar war. Die schlechte Gesundheitsversorgung und der übermäßige Alkoholkonsum machen die Menschen anfällig für Folgekrankheiten. Betroffen sind längst nicht nur Erwachsene. Fast die Hälfte (45%) der in Russland geborenen Kinder kommt bereits mit Herz-Kreislauf-Schädigungen oder Immunschwächen wie AIDS zur Welt. Herzkrankheiten bei unter Vierzigjährigen haben seit 2001 um 36 Prozent zugenommen. Neben Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die mit 1,28 Millionen Fällen und 56 Prozent noch immer die Haupttodesursache in Russland sind, ist vor allem die hohe Zahl an Tuberkuloseinfizierten (Tbc) auffällig: mit 120 000 Neuerkrankungen pro Jahr (2007 wurden 117 738 Tbc-Infektionen registriert, davon 3000 Fälle bei Kindern unter 14 Jahren) und 32 000 Tbc-Toten 2006. Eine hohe Dunkelziffer nicht erfasster Fälle dürfte hinzukommen. 30 Prozent der Tbc-Infektionen in Russland gelten aufgrund fehlender Medikamente als nicht behandelbar. Zu erwähnen sind zudem HIV/AIDS und Hepatitis. Auch Grippewellen mit größeren Opferzahlen grassieren immer wieder in Russlands Städten.

¹⁸ Zuerst im Westen wahrgenommen von Nicholas Eberstadt/Hans Groth, »Eine Gesundheitskrise gefährdet Russlands Wachstum«, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 5.8.2004, S. 23; Pamela Abbott/Claire Wallace, »Talking about Health and Well-Being in Post-Soviet Ukraine and Russia«, in: *Journal of Communist and Transition Politics*, 23 (2007) 2, S. 181–202.

Die Gesundheitskrise hat unmittelbare Auswirkungen auf die Geburtenrate: Infolge schlechter medizinischer Versorgung und unzureichender hygienischer Bedingungen sind geschätzte zehn Millionen Frauen im reproduktionsfähigen Alter unfruchtbar.¹⁹

Insbesondere HIV/AIDS ist in Russland auf dem Vormarsch. 2006 waren Schätzungen der UN zufolge in Russland bis zu 1,6 Millionen Menschen mit dem HIV-Virus infiziert, obgleich nur 369 187 Fälle offiziell registriert waren.²⁰ Murray Feshbach vom Woodrow Wilson Center schätzt, dass 80 Prozent der russischen AIDS-Patienten jünger als 30 Jahre sind, im Westen dagegen sind 70 Prozent älter als 30.²¹ Wegen des löchrigen Erfassungssystems, fehlender Versicherungsnetze und eines erheblichen Misstrauens der Bevölkerung gegenüber ärztlicher und klinischer Versorgung ist die Dunkelziffer weit größer. Lange Zeit überwogen ideologische Widerstände, die die Menschen glauben machen wollten, die Epidemie werde an der Grenze zu Russland Halt machen. *Worst-case*-Szenarios rechnen unterdessen mit bis zu acht Millionen infizierten Menschen bis zum Jahr 2010. Dies dürfte dramatische Konsequenzen für Gesundheitssystem und Staatsfinanzen mit sich bringen.²² Nach Berechnungen der UN würden die Menschen in Russland ohne HIV/AIDS bis 2006 durchschnittlich 0,6 Jahre und bis 2020 sogar bis zu zwei Jahre älter werden können.²³

Transformationsgesellschaften sind »gestresste« Gesellschaften. Der Untergang der Sowjetunion verursachte in großen Teilen der Gesellschaft zusätzlichen psychischen Stress. Individuen fühlen sich als Folge einer Pluralisierung von Lebenswelten sozial verunsichert.²⁴ Die Flucht in Drogen, Alkohol und

Kriminalität sind Folgeerscheinungen. Derzeit sind etwa fünf Millionen Menschen in Russland drogenabhängig. Bis zu 10 000 Menschen sind 2007 an den Folgen von Drogenmissbrauch gestorben. Nicht nur die geographische Nähe zu Produzentenländern wie Afghanistan, sondern auch die rasante Vergrößerung des Abnehmermarktes haben Russland zu einem der größten Heroinmärkte weltweit gemacht.²⁵

Der Alkoholkonsum ist dramatisch hoch, insbesondere bei Männern. Fast 900 000 Menschen starben offiziellen Angaben zufolge von 1995 bis 2006 an den Folgen von Alkoholmissbrauch.²⁶ Noch immer kommen in Russland jährlich bis zu 40 000 Menschen durch akute Alkoholvergiftungen ums Leben. Fast die Hälfte der Männer, die an Unfällen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen sterben, waren zum Zeitpunkt des Todes alkoholisiert. Es besteht ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Alkoholmissbrauch – 19 Liter reiner Alkohol pro Kopf und Jahr (im Vergleich zu 12 Litern im EU-Durchschnitt) – und anderen Krankheitsbildern.²⁷ Zu konstatieren ist darüber hinaus eine ansteigende Gewaltbereitschaft in der russischen Gesellschaft. Immer häufiger entladen sich soziale Spannungen, kriminelle Energie und Alkoholmissbrauch in physischer Gewaltanwendung gegen andere und gegen sich selbst. Die Selbstmordrate ist in den neunziger Jahren um 50 Prozent angewachsen; etwa 500 000 Menschen begingen zwischen 1995 und 2003 Suizid. Trotz leicht sinkender Zahlen kamen 2006 im Jahresdurchschnitt auf 100 000 Einwohner noch immer 19 Morde und 28 Selbstmorde. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten weist etwa die Mordrate einen zehn- bis zwanzigfach höheren Wert auf.²⁸

19 Murphy, »The Vanishing Russians, Part I« [wie Fn. 11].

20 Vgl. die letzten Zahlen der WHO, *HIV/AIDS Country Profiles for the WHO European Region*, <www.euro.who.int/aids/surveillance/20051114_1>. Schon den offiziellen Angaben zufolge ist damit die Verbreitung von AIDS in den vergangenen Jahren um das Hundertfache angewachsen: von 3623 (1993) auf 369 187 Fälle (2006). 2006 wurden 39 207 Neuerkrankungen registriert.

21 Murray Feshbach, *HIV/AIDS in the Russian Military – Update*, Washington, D.C.: Woodrow Wilson International Center for Scholars, prepared for UNAIDS Meeting, Copenhagen, 22.–23.2.2005, <www.wilsoncenter.org/docs/staff/feshbach_militaryHIVFeb18.pdf>.

22 Dominique Moran, »The Geography of HIV/AIDS in Russia: Risk and Vulnerability in Transition«, in: *Eurasian Geography and Economics*, 46 (2005) 7, S. 525–551, hier S. 526.

23 UN Population Division, *World Population Prospect 2006* [wie Fn. 1], S. 16.

24 David Alich, *Uncertainty and Insecurity in the Life of Russian Men. A Reason for Changing Family and Fertility Behavior*, Rostock:

Max Planck Institute for Demographic Research, 2005 (Internal Report, 6/2005).

25 Claire Bigg, »Russia: Drug Users Face Lonely Recovery«, in: *Radio Free Europe/Radio Liberty*, 11.1.2008, <www.isn.ethz.ch/news/sw/details_print.cfm?id=18520>.

26 »Rossija v cifrach« [Russland in Zahlen], in: *Kommersant' - Vlast'*, 11.9.2006, S. 12. Hier findet sich auch der Hinweis, dass innerhalb einer Woche im September 2006 im Gebiet Belgorod 210 Menschen mit Alkoholvergiftungen in Krankenhäuser eingeliefert wurden. Fünf von ihnen starben.

27 Nicholas Eberstadt, »Four Surprises in Global Demography«, in: *Watch on the West. A Newsletter of FPRI's Center for the Study of America and the West*, 5 (2004) 5 <www.fpri.org/ww/0505.200407.eberstadt.demography.html>.

28 World Health Organization, Regional Office for Europe, *Highlights on Health, Russian Federation 2005: Main Causes of Death*, 23.10.2006, <www.euro.who.int/eprise/main/WHO/Progs/CHHRUS/sum/20041125_24>. Zuletzt William Alex Pridemore, »Die Rolle des Alkohols bei gewaltsamen Toden in Russland«, in: *Russland-Analysen*, (14.3.2008) 161, S. 2–6.

Zukunftsrisiken: Eingeschränkte Staatlichkeit

Die demographische Sicherheit eines Landes – die langfristige Sicherung des Bevölkerungsbestands in absoluten Zahlen und in der regionalen Verteilung – hat unmittelbare Auswirkungen auf staatliche Stabilität und regionale Sicherheit.²⁹ Ungünstige Bevölkerungsentwicklungen können die Staatlichkeit destabilisieren.³⁰ Die demographische Sicherheit ist auch dann gefährdet, wenn Abwanderung die Wirtschaftskraft von Regionen und damit die nationale Ökonomie beeinträchtigt. Staatliche Stabilität wird unter anderem durch ökonomische Sicherheit gewährleistet. Arbeitskräftemangel infolge demographischer Krisen und ethnische Konfliktslagen infolge von Migrationsprozessen, Arbeitsplatzkonkurrenz und Fremdenfeindlichkeit können die Stabilität einschränken.

Fehlende Arbeitskräfte

Die demographische Regression verläuft zeitgleich mit dem politischen und wirtschaftlichen Wandel Russlands. Die nicht abgeschlossenen Transformationsprozesse und die institutionellen Unzulänglichkeiten erschweren die Bewältigung der Bevölkerungskrise.³¹ Anders als China, Indien oder die USA gehört Russland zur Gruppe jener Staaten, die einen Bevölkerungsschwund erleben und in Zukunft mit weniger Arbeitern, Studenten und Ingenieuren auskommen müssen.³² So werden der russischen Wirtschaft bis 2025 zwischen 13 und 19 Millionen weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Eine schrumpfende Bevölkerung produziert und konsumiert zudem weni-

ger.³³ Russische und ausländische Unternehmen klagten über zahllose krankheits- oder alkoholbedingte Fehltage ihrer Beschäftigten und generell über einen Mangel an Arbeits- und Fachkräften.³⁴ Kleine Kohorten der nachwachsenden Generationen verheißen zudem eine geringere Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit der russischen Wirtschaft. Dies gilt insbesondere dann, wenn keine ausreichende Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte stimuliert werden kann.³⁵

Die Sozialausgaben für Staat und – über eine anteilige Versicherungsbeteiligung – Arbeitgeber in Russland werden anwachsen und auf das Lohnniveau der Arbeiter und Angestellten zurückwirken. Zugleich wird sich das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei den Investitionen in die Ausbildung eines Facharbeiters verändern, da ein Zwanzigjähriger nur eine 46-prozentige Chance hat, das durchschnittliche europäische Rentenalter von 65 zu erreichen. In den USA dagegen liegt diese Wahrscheinlichkeit bei 79 Prozent. Wenn jedoch nach Berechnungen der UN und der Weltbank bereits ein Jahr verminderter Lebenserwartung bei Männern einen wirtschaftlichen Verlust von 8 Prozent des Pro-Kopf-Bruttonationaleinkommens (BNE) bedeutet, sind die ökonomischen Folgen der Bevölkerungsentwicklung für Russland als dramatisch einzustufen.³⁶ Auch wenn Russland aufgrund des anhaltend hohen Niveaus der Öl- und Gaspreise seinen Stabilisierungsfonds füllen und Finanzreserven anlegen kann, bildet der Verlust an Arbeitskräften ein Zukunftsrisiko.

Das schrumpfende Erwerbspersonenpotential ebenso wie die Alterung belasten die Sozialsysteme. Dabei

²⁹ Richard P. Cincotta/Robert Engelman/Daniele Anastasion, *The Security Demographic. Population and Civil Conflict after the Cold War*, Washington, D.C. 2003.

³⁰ Ulrich Schneekener, »States at Risk. Zur Analyse fragiler Staatlichkeit«, in: ders. (Hg.), *Fragile Staatlichkeit: »States at Risk« zwischen Stabilität und Scheitern*, Baden-Baden 2006, S. 9–42, hier S. 22, 27.

³¹ Mukesh Chawla/Gordon Betcherman/Arup Banerji, *From Red to Gray: The Third Transition of Aging Populations in Eastern Europe and the Former Soviet Union*, Washington, D.C.: The World Bank, 2007.

³² Elizabeth Leahy et al., *The Shape of Things to Come. Why Age Structure Matters to a Safer, More Equitable World*, Washington, D.C. 2007.

³³ Vgl. Murray Feshbach, *Potential Social Disarray in Russia Due to Health Factors (2005)*, Manuskript, <www.wilsoncenter.org/docs/staff/feshbach_socialdisarray.pdf>.

³⁴ Vgl. Europe and Central Asia Human Development Department/The World Bank, *Dying Too Young. Addressing Premature Mortality and Ill Health Due to Non-Communicable Diseases and Injuries in the Russian Federation*, Washington, D.C., November 2005, S. XV, <<http://siteresources.worldbank.org/INTECA/Resources/DTY-Final.pdf>>.

³⁵ Bernd Brünner, *Russia's Demographic Development. Implications for Security and Economic Policy*, unveröffentlichtes Manuskript, Wien 2007 (Master Thesis Diplomatic Academy of Vienna), S. 77f.

³⁶ Eberstadt, »Russia's Demographic Straightjacket« [wie Fn. 4], S. 20.

könnten nachhaltige Investitionen im Gesundheitswesen erhebliche Verbesserungen bewirken. Allein bei einer Verringerung der Zahl von Herz-Kreislauf-Erkrankungen um 40 Prozent könnte die durchschnittliche Lebenserwartung der russischen Bevölkerung um drei Jahre gesteigert werden. Der volkswirtschaftliche Effekt wäre trotz zusätzlicher Belastungen für die Sozialsysteme immens. Laut Krankheitsfolgeberechnungen, differenziert nach *direkten* (Ausgaben des Staates für das Gesundheitswesen) und *indirekten* Kosten (Verlust der Produktivität durch Krankheit und frühzeitigen Tod), mussten 2003 etwa 28 Prozent des russischen BNE für Ausgaben infolge von Gesundheitsproblemen aufgewendet werden.³⁷ Hinzu kommt, dass die ältere Generation angesichts des deutlich kürzeren Arbeits- und Berufslebens das fehlende Potential an Jugendlichen kaum kompensieren kann: Sie ist erschöpft, krank und zu schlecht ausgebildet.³⁸

Migration und regionale Differenzierung

Migration ist eine Folge gesellschaftlichen Wandels in Transformationsräumen. Menschen verlassen aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen oder aus Angst vor physischer Gewalt dauerhaft ihre Wohnorte. Zwischen 1989 und 2002 wanderten fast elf Millionen Menschen aus den ehemaligen Sowjetrepubliken und späteren GUS-Staaten nach Russland ein; etwas mehr als vier Millionen verließen das Land.³⁹ Noch immer leben etwa 20 Millionen Russen außerhalb Russlands, davon zwei Drittel in den Ländern der GUS. Russland kann seinen Bevölkerungsschwund von jährlich etwa 800 000 Menschen nur zu etwa 20 Prozent aus der Zuwanderung kompensieren. 2006 wanderten offiziellen Angaben zufolge 186 183 Menschen nach Russland ein (1997 immerhin noch 597 651), während

54 061 das Land verließen.⁴⁰ *Zuwanderung* ist insbesondere aus Ländern des postsowjetischen Raumes zu beobachten, die vor allem auf wirtschaftlichen und ethnischen Vertreibungsdruck zurückzuführen ist. Die Rückwanderung ethnischer Russen aus den Ländern des südlichen Kaukasus (2007: 42 000) und Zentralasiens (2007: 68 000) fällt jedoch besonders ins Gewicht.⁴¹ Zur Zuwanderung gehört ebenfalls die *Arbeitsmigration*, insbesondere aus den postsowjetischen Niedriglohnstaaten wie Tadschikistan, aber auch aus China. Im Vergleich zur legalen Zuwanderung kommt dabei der irregulären Migration⁴² ungleich größere Bedeutung zu. Nach Angaben des Föderalen Amtes für Migration (FMS) hielten sich 2005 von insgesamt 11 Millionen ausländischen Arbeitsmigranten 10,2 Millionen (90%) ohne Registrierung und damit illegal in Russland auf; ihre Herkunftsländer waren vor allem die GUS-Staaten, China und Vietnam. Ein Teil der irregulären Migranten – 2006 allein 100 000 Personen – wurde von Russland unverzüglich wieder abgeschoben.⁴³

Die Jahre der massiven *Abwanderung* nach Deutschland, Israel, England und in die USA sind zwar vorbei, dennoch verlassen derzeit noch immer etwa 50 000 Menschen pro Jahr ihr Land, überwiegend in Richtung Westen. Die *Binnenwanderung* innerhalb Russlands infolge wachsender regionaler Unterschiede der Lebensbedingungen und Verdienstmöglichkeiten hält unvermindert an und fördert damit Prozesse regionaler Differenzierung. Russische Binnenmigration, vor allem aus Regionen mit überwiegend nicht-russischer Bevölkerung, zielt neben den Metropolen vor allem auf die Großstädte Astrachan, Wolgograd, Rostow am Don, Stawropol und Krasnodar. Neben der Abwanderung von Russen aus mehrheitlich muslimisch geprägten Regionen ist zusätzlich eine

37 Judyth L. Twigg, »The Cost of Illness, Disability, and Premature Mortality to Russia's Economy«, in: *Eurasian Geography and Economics*, 46 (2005) 7, S. 495–524, hier S. 496.

38 Nicholas Eberstadt, »Rußland: Der Tod ist den Jungen so nah wie anderswo den Alten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24.5.2006, S. 39.

39 Zur Migration in den neunziger Jahren: V. I. Perevedencev, »Rossija: demografičeskij aspekt immigracionnoj problemy« [Russland: Der demographische Aspekt des Immigrationsproblems], in: *Politija*, (2005) 1, S. 108ff. Zuletzt: V. V. Konstantinov/M. V. Zelev, »Problema integracii migrantov v primajuščee obščestvo v postindustrial'nych stranach i v Rossii« [Zum Problem der Integration von Migranten in Aufnahmegesellschaften postindustrieller Staaten und Russlands], in: *POLIS Političeskie issledovanija*, (2007) 6, S. 64–70, hier S. 67.

40 Vgl. Statistikamt der Russischen Föderation (Goskomstat), <www.gks.ru/free_doc/2007/b07_11/05-09.htm>.

41 Angaben beziehen sich auf den Zeitraum Januar bis September 2007; Irina Sklyarova, »Fewer and Fewer. The Population of Russia Keeps Shrinking«, in: *Vremja novostej*, 23.10.2007 (hier nach der Übersetzung in: *Johnson's Russia List*, 23.10.2007).

42 Ich orientiere mich am Begriff der »irregulären Migration« bei Steffen Angenendt, *Irreguläre Migration als internationales Problem. Risiken und Optionen*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2007 (SWP-Studie 33/2007), S. 10f.

43 »Barriers Down, Quotas Remain. Russian Migration Chief on Illegal Immigration, Deportations«, in: *BBC Monitoring*, (8.1.2007), in: *Johnson's Russia List*, 11.1.2007, sowie Oleg Shchedrov, »Russia Tells Immigrants: Come But Don't Settle« (15.1.2007), in: *Johnson's Russia List*, 15.1.2007.

Tabelle 2
Gebiets- und Bevölkerungsanteile in den sieben Föderalbezirken, 2007

Föderalbezirk (FB)	Zentral	Wolga	Südlicher FB	Sibirien	Nordwestlicher FB	Ural	Fernost
Bevölkerungsanteil in %	26,2	21,5	15,8	13,8	9,6	8,5	4,6
Einwohner/km ²	58,0	30,0	39,0	3,9	8,2	6,9	1,07
Fläche in km ²	652 700	1 038 000	589 200	5 114 800	1 677 900	1 788 900	6 215 900
Anteil am Staats- territorium in %	3,87	6,07	3,45	29,9	9,82	10,4	36,4

Binnenwanderung der Muslime in die Metropolen zu beobachten. Insgesamt machen die etwa 12 bis 15 Millionen Muslime in Russland rund 10 Prozent der Bevölkerung aus; von den 10 Millionen Einwohnern Moskaus sind sogar ein Fünftel Muslime.⁴⁴

Vor allem die Industriestädte Sibiriens, wo einst die sowjetische Führung Rohstoffe und Bodenschätze in unwirtlichen Gegenden fördern ließ, sind von Abwanderung betroffen. Wo es nie eine Stadtkultur gegeben hatte, konnte sie auch von sowjetischen Industrieplanern nicht aus dem Boden gestampft werden. Die zuvor zumeist unbewohnten Landstriche, die unverhofft im Zentrum der Rohstoffgewinnung standen und starke Wachstumsschübe erlebten, werden jetzt verlassen.⁴⁵ Dabei war eine Kettenwanderung in drei Etappen zu beobachten: von Ost- nach Westsibirien (bis Nowosibirsk), später von Westsibirien zum Ural und schließlich vom Ural bis in die russischen Metropolen (Moskau, St. Petersburg) und weiter nach Westen. Die Migrationsprozesse in Sibirien stellen insofern eine gewisse Normalisierung dar, als sich die bevölkerungspolitischen Verzerrungen der sowjetischen Zeit auf diese Weise korrigieren. Zugleich sind

mit dieser Entwicklung Differenzierungsprozesse verbunden, die zahlreiche Regionen langfristig von der Infrastrukturentwicklung abschneiden bzw. in wachsende Abhängigkeit vom Zentrum geraten lassen.

Immer weniger Regionen tragen so zum Staatshaushalt Russlands bei und kommen als Lebensräume von Menschen oder Ansiedlungsräume für Unternehmen in Betracht. Dies hat um so größere Bedeutung, als nur ein Drittel des Staatsterritoriums der Russischen Föderation aus geographisch-klimatischer Sicht als *efficient for life*⁴⁶ gilt. Die Geographie, das historische Erbe und die demographische Krise haben den Prozess der Konzentration auf die wirtschaftlich effektiven Regionen Russlands noch beschleunigt: In 10 von 81 Föderationssubjekten, deren Zahl sich in der Perspektive weiter verringern wird,⁴⁷ konzentriert sich heute über die Hälfte (54%) des akkumulierten Bruttoregionalprodukts (BRP), dem regionalen Äquivalent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zur Bestimmung der Wirtschaftskraft einer Region. Davon entfielen 2004 auf die Stadt Moskau 19 Prozent, auf die Gebiete Tjumen 13 Prozent (Föderalbezirk Ural), Moskau 3,8 Prozent (Zentraler FB), St. Petersburg 3,6 Prozent (Nordwestlicher FB), Tatarstan 2,8 Prozent (FB Wolga), Krasnojarsk 2,6 Prozent (FB Ural), Swerdlowsk 2,5 Prozent (FB Ural), Samara 2,4 Prozent (FB Wolga), Basch-

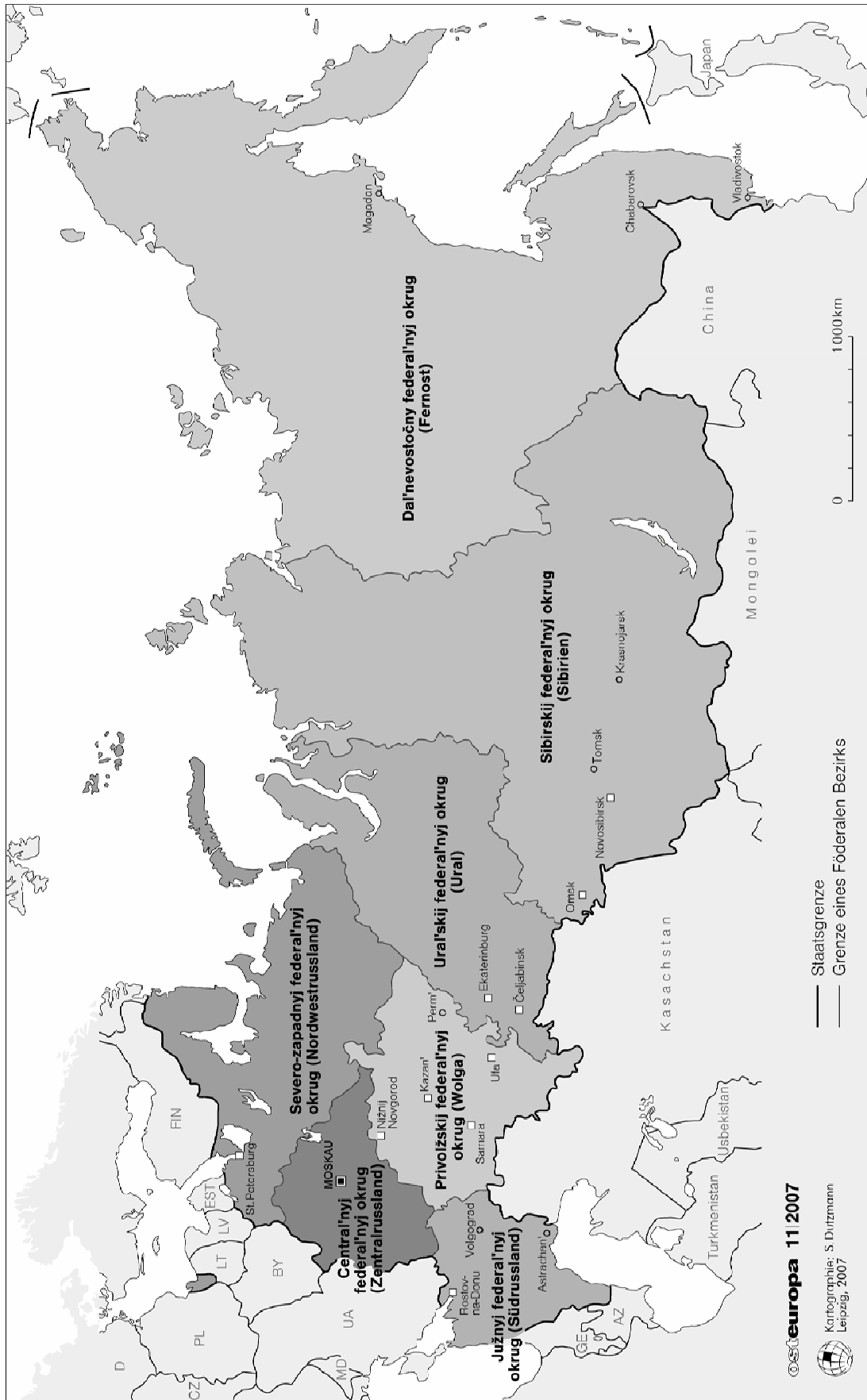
⁴⁴ Murphy, »The Vanishing Russians, Part III« [wie Fn. 5]. So stieg die Bevölkerungszahl des Chanty-Mansijsker Autonomen Kreises zwischen 1959 und 1979 durch Zuwanderung um das Dreifache, im Tschukotsker Autonomen Kreis um das 1,8-Fache und im Jamal-Nenecker Autonomen Kreis um das 1,6-Fache. Die Bevölkerungszahl im Gebiet von Magadan stieg um 76%, in Jakutien um 72% und auf Kamtschatka um 71%. Vgl. Vižnevskij, *Demografičeskaja modernizacija* [wie Fn. 9], S. 387.

⁴⁵ Murphy, »The Vanishing Russians, Part III« [wie Fn. 5]. Seit 1991 gingen in Russlands entlegenen Regionen die Bevölkerungszahlen durch Abwanderung dramatisch zurück: um mehr als 15% in der Republik Komi sowie den Gebieten Kamtschatka, Archangelsk, Magadan, Murmansk und Sachalin. Der Fernöstliche Föderalbezirk verlor zwischen 1990 und 1999 900 000 Menschen, der Nordwesten 300 000 Menschen, Ostsibirien 200 000 Menschen. Magadan büßte zwischen 1989 und 2002 nahezu die Hälfte seiner Bevölkerung ein, Tschukotka sogar fast zwei Drittel.

⁴⁶ »Efficient areas« müssen unterhalb von 2000 Meter über dem Meeresspiegel gelegen sein und eine mittlere Jahrestemperatur von über -2°C aufweisen. Vgl. Andrei Treivish, »A New Russian Heartland: The Demographic and Economic Dimension«, in: *Eurasian Geography and Economics*, 46 (2005) 2, S. 123–155, hier S. 131.

⁴⁷ Die Russische Föderation verfügt infolge von Gebietsfusionen seit Anfang 2008 nur noch über 81 Föderationssubjekte. Vgl. die vom Ministerium für regionale Entwicklung der Russischen Föderation betriebene Website <www.minregion.ru>; zuletzt Andreas Heinemann-Grüder, »Ein Schritt vorwärts, zwei zurück. Vom Ethnoföderalismus zum ›Russland der Russen«, in: *Osteuropa*, (2007) 11, S. 135–162, hier S. 151ff.

Karte 1
Föderale Bezirke der Russischen Föderation 2008



Quelle und Copyright: Zeitschrift Osteuropa, (2007) 11.

kortostan 2,3 Prozent (FB Wolga) und den Krasnodarer Bezirk 2,2 Prozent (Südlicher FB).

Das Gebiet Tjumen mit seinen reichen Öl- und Gasvorkommen ist – neben der Stadt Moskau – das Föderationssubjekt mit dem höchsten Bruttoregionalprodukt Russlands.⁴⁸ Regionen ohne wirtschaftliche Potenz hingegen werden von den Menschen verlassen. Im größten der sieben Föderalbezirke Russlands, im Fernen Osten, der fast 40 Prozent des Staatsterritoriums ausmacht, lebt durchschnittlich nur ein Mensch auf einem Quadratkilometer Fläche. Die Bevölkerung ist dort seit dem Ende der Sowjetunion um 20 Prozent geschrumpft.⁴⁹ Die Anzahl der wirtschaftlich erfolgreichen Regionen und Städte geht ebenso zurück. Insgesamt hatten 23 Regionen seit dem Zerfall der Sowjetunion einen Bevölkerungswachstum von 10 Prozent zu verzeichnen. In Russland sind seit 1989 13 000 Dörfer verlassen worden, weitere 35 000 Dörfer hatten 2005 nicht mehr als zehn Einwohner.⁵⁰ Lediglich drei Regionen Russlands verzeichneten zwischen 2001 und 2005 ein bescheidenes, wenngleich statistisch nahezu vernachlässigbares Bevölkerungswachstum von gut 10 000 bis 19 000 Personen. Ansonsten überwogen deutliche Schrumpfungprozesse.

Sibirien ist die große Herausforderung russischer Demographie, Migrations- und Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert. Durch Strukturprobleme, die in der Kolonisierungs- und Industrialisierungsgeschichte in zarischer und sowjetischer Zeit ihren Ursprung haben, spitzte sich die demographische Situation weiter zu. Zwischen 1989 und 2007 ging die Bevölkerung Sibiriens (1989 33,2 Millionen Menschen) um fast 3 Millionen Menschen zurück und sank damit annähernd auf das Niveau des Jahres 1979 (29 Millionen).

Als Folge der wirtschaftlichen Differenzierungsprozesse seit dem Ende der Sowjetunion, als die Rüstungsindustrie an Bedeutung verlor und überdimensionierte Großprojekte aufgegeben wurden, wanderte die Bevölkerung noch schneller aus Sibirien ab. Das Jahr 1992/93 markierte eine demographische Zäsur:

⁴⁸ Treivish, »A New Russian Heartland« [wie Fn. 46], S. 143.

⁴⁹ Sergei Blagov, »Demographic Crisis in Russian Far East«, in: *ISN Security Watch*, 15.6.2006, <www.isn.ethz.ch/news/sw/details.cfm?id=16187>.

⁵⁰ Michael Bradshaw/Jessica Prendergrast, »The Russian Heartland Revisited: An Assessment of Russia's Transformation«, in: *Eurasian Geography and Economics*, 46 (2005) 2, S. 83–122. Allein im Gebiet Twer im europäischen Teil Russlands wurden seit 1989 1400 Dörfer verlassen; die Bevölkerung schrumpfte um 250 000 auf 1,4 Millionen.

Erstmals überstieg die Zahl der Sterbefälle jene der Geburten. Der Schrumpfungprozess konnte durch Zuwanderung nach Sibirien nicht aufgefangen werden. Die starke Abwanderung aus Sibirien seit Ende der neunziger Jahre verursachte einen erheblichen Arbeitskräftemangel. Die sowjetische Praxis einer punktuellen Industrialisierung rohstoffreicher Gebiete ohne begleitende Infrastruktur- und Migrationsprogramme hat ein Erbe hinterlassen, dem mit aufwendigen Staatsprogrammen nicht beizukommen ist.⁵¹ Dieses »sibirische Dilemma« wirkt sich vor allem in Zentral- und Ostsibirien aus, wo Abwanderung und Bevölkerungskonzentration in Industrie- und Rohstoffzentren eine starke Ausdifferenzierung der Großregion zur Folge haben.

Die neuen Fördergebiete der Gas- und Ölindustrie im westlichen Sibirien wie Wankor im Krasnojarsker und Werchnetschonskoje im Irkutsker Gebiet werden in naher Zukunft zahlreiche Arbeitskräfte anziehen – allein in Wankor werden 10 000 benötigt. Zwar versprechen die ungünstigen klimatischen Lebensbedingungen in den entlegenen Regionen der künftigen Öl- und Gasförderung keine grundlegende Verbesserung der demographischen Situation. Dennoch könnten diese gewinnversprechenden Wirtschaftsprojekte für die russische Regierung und die beteiligten Unternehmen Anreiz sein, stärker auf zumutbare Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu achten und in deren soziale und medizinische Versorgung zu investieren.⁵²

Fehlende Rekruten

Neben den wirtschaftlichen und regionalen Folgen sind mit der demographischen Krise Risiken auch für die innere und äußere Sicherheit Russlands verbunden.⁵³ Präsident Putin erklärte im Jahr 2006: »Russland hat ein riesiges Territorium, das größte der Welt. Wenn die Situation sich nicht ändert, wird es

⁵¹ Ausführlich Fiona Hill/Clifford Gaddy, *The Siberian Curse: How Communist Planners Left Russia Out in the Cold*, Washington, D.C. 2003.

⁵² Klaus Gestwa, »Herrschaft und Technik in der spät- und poststalinistischen Sowjetunion. Machtverhältnisse auf den »Großbauten des Kommunismus«, 1948–1964«, in: Stefan Kreuzberger/Rainer Lindner (Hg.), *Russische Archive und Geschichtswissenschaft. Rechtsgrundlagen – Arbeitsbedingungen – Forschungsperspektiven*, Frankfurt a.M. 2003, S. 167–194.

⁵³ Zuerst Julie DaVanzo/Gwen Farnsworth (Hg.), *Russia's Demographic »Crisis«*, Santa Monica, Cal.: RAND Corporation, 1996.

bald einfach niemanden geben, der es verteidigt.«⁵⁴ In Aussagen wie diesen tritt die wachsende Angst vor einer Krise der Verteidigungsfähigkeit Russlands zutage. Tatsächlich wird sich die Zahl der Wehrfähigen in den kommenden zehn Jahren deutlich verringern. Das Land, »dessen Schicksal es ist, eine große Armee zu haben« – so Verteidigungsminister Sergej Iwanow im Mai 2006 –, wird in dreißig Jahren seine Verteidigungsfähigkeit nur mit einer Freiwilligen- bzw. Berufsarmee sichern können.⁵⁵ Derzeit verfügt die russische Armee lediglich über 1,1 Millionen Soldaten, 1994 standen noch 3,4 Millionen unter Waffen.

Damit tritt zu den geringen Ausgaben für das russische Militär und dem katastrophalen Zustand der Truppe ein weiteres Problem hinzu: Russland fehlen Rekruten, und zwar jedes Jahr mehr: Während 2007 noch 277 651 Rekruten eingezogen werden konnten, werden 2015 nur geschätzte 252 049 Rekruten bereitstehen. Bei einer einjährigen Wehrpflicht, die ab 1. Januar 2008 gilt, würden allerdings mindestens 600 000 benötigt, wenn die derzeitige Truppenstärke aufrechterhalten werden soll. Die Reduzierung der Rückstellungsgründe auf neun, die 2006 im Rahmen der nur mühsam fortschreitenden Militärreform beschlossen wurde, kann dieses Defizit nicht ausgleichen.⁵⁶ Damit können jährlich zwar zusätzlich etwa 90 000 junge Männer rekrutiert werden, doch wiegt auch dies die demographischen Einbußen nicht auf. Amtlichen Berechnungen zufolge könnten 2015 von den in Russland lebenden 18-jährigen Männern (721 000) bis zu 36 050 an AIDS erkrankt sein⁵⁷ und damit nicht zum Wehrdienst zur Verfügung stehen.

Innerhalb der Truppe nimmt die Gefahr ethnischer Spannungen zu, da der Anteil der nichtrussischen jungen Männer steigt. 2025 werden sie die Mehrheit der Rekruten der russischen Armee stellen. Einsätze in den nichtrussischen Peripherien und ethnischen Spannungsgebieten Russlands dürften dann deutlich schwieriger sein.

Im russischen Generalstab wird darüber hinaus befürchtet, die Verteidigungshaushalte könnten vor allem in denjenigen Jahren reduziert werden, in denen Russlands Arbeitskräftemangel auf die Wirtschaftslage durchzuschlagen beginnt und das Land geringere Einnahmen aus dem – zumal sinkenden – Export von Rohstoffen erzielen wird.⁵⁸ Die sicherheitspolitische Frage, inwiefern der Personalarückgang auf dem Arbeitsmarkt und in der Armee künftig durch höheren Kapitaleinsatz ausgeglichen werden kann, lässt sich derzeit noch nicht beantworten. Sicher scheint jedoch, dass die demographische Krise und die Gesundheitsdefizite der nachwachsenden Generationen erhöhte Ausgaben für Stabilisierung und Effizienzsteigerung der Streitkräfte erfordern werden.

⁵⁴ Zit. nach Murphy, »The Vanishing Russians, Part I« [wie Fn. 11].

⁵⁵ Keir Giles, *Where Have All the Soldiers Gone? Russia's Military Plans versus Demographic Reality*, Watchfield, Swindon: Defence Academy of the United Kingdom, Conflict Studies Research Centre, Oktober 2006 (Russian Series 06/47), S. 1, <[www.defac.ac.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/06\(47\)KG.pdf](http://www.defac.ac.uk/colleges/csrc/document-listings/russian/06(47)KG.pdf)>.

⁵⁶ Künftig sollen folgende bislang vom Wehrdienst befreite Gruppen eingezogen werden: Personen, die ältere und hilfsbedürftige Familienmitglieder pflegen, Väter von Kindern unter drei Jahren, Auszubildende bei Polizei oder Feuerwehr, Landlehrer, Landärzte und andere. Vgl. ebd., S. 4.

⁵⁷ Die Zahl der HIV-Infizierungen bei Rekruten ist zwischen 2001 und 2006 um das 25-Fache gestiegen; vgl. Jeffrey Holachek, *Russia's Shrinking Population and the Russian Military's HIV/AIDS Problem*, Washington, D.C.: The Atlantic Council of the United States, September 2006 (Occasional Paper), <www.acus.org/docs/0609-HIV_Russian_Military-Holachek.pdf>. Laut Holachek sind tausende Armeemangehörige mit AIDS infiziert, ohne dies zu wissen. Vgl. ebd., S. 25.

⁵⁸ Mark Galeotti, »Russia Facing a Serious Demographic Security Crisis«, in: *Jane's Intelligence Review*, Juli 2006, S. 53.

Demographiediskurse: »Weniger Volk – weniger Souveränität!«

Drittes Trauma in postsowjetischer Zeit

Der rückläufige Anteil an der Weltbevölkerung – der von 2,4 Prozent (2000) auf 1,6 Prozent (2025) zu sinken droht – wird im russischen demographischen Diskurs häufig mit einem Bedeutungsverlust Russlands als Großmacht gleichgesetzt. Dass Russland derzeit hinter der Ukraine und Bulgarien weltweit das geringste natürliche Bevölkerungswachstum aufweist und im globalen Bevölkerungsranking von Platz 8 (2007) bis 2050 voraussichtlich auf Platz 14 hinter Länder wie Nigeria, Kongo, Ägypten oder Vietnam zurückfallen wird,⁵⁹ weckt Ängste vor einer mittelfristigen Marginalisierung des Landes. »Weniger Volk bedeutet weniger Souveränität«, konstatierte der Vorsitzende des Rechnungshofes der Russischen Föderation, Sergej Stepašin, und brachte den amtlichen Diskurs damit auf eine gültige Formel.⁶⁰ Seit Wladimir Putins Amtsantritt 1999 hat Russland die Dramatik der demographischen Krise wahrgenommen und sie als Zukunftsrisiko, als »heraufziehende Katastrophe« ausgemacht. In seiner Rede an die Nation 2006 wandte sich Putin einmal mehr den Bevölkerungsverlusten, Gesundheitsproblemen und Migrationsströmen zu. Im Mai 2007 bezeichnete der Präsident die Bevölkerungspolitik als »erstrangige Aufgabe der russischen Politik«.

Die »Katastrophe« liegt für die politische Elite nicht primär in der Schrumpfung der russischen Bevölkerung, sondern in der vermeintlich schwindenden Weltgeltung begründet. Die demographische Krise droht zum dritten Trauma der postsowjetischen Zeitgeschichte Russlands zu werden: Nach dem Verlust des Raumes⁶¹ und der Ideologie seien jetzt ein Verlust des Volkes, die »Entvölkerung des Landes« (*depouljacija strany*) oder gar ein »Russozid« zu befürchten. »Raum ohne Volk« ist zur Chiffre für den demographischen Trend geworden.⁶² Sergej Mironow, bisheriger Vor-

sitzender der Staatsduma, sah die Lage besonders dramatisch und warnte bereits 2006 vor einem »Russland mit 52 Millionen Menschen im Jahr 2080 [2006 waren es ca. 142 Millionen]«. Dieser Zustand werde eintreten, wenn sich die Bedingungen nicht wandelten. »Ein so großes Territorium kann man mit so einer Bevölkerung nicht halten. Das bedeutet das Auseinanderfallen des Staates.«⁶³

Im offiziellen und im wissenschaftlichen Diskurs werden die demographischen Verluste auch in historischer Perspektive betrachtet. Der Kalte Krieg war nach Ansicht russischer Beobachter für die Sowjetunion eigentlich eher ein heißer Krieg, da die Verluste durch sinkende Lebenserwartung die Verluste im Zweiten Weltkrieg noch übertrafen.⁶⁴ Die demographischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts wie Hunger, Epidemien, Kriege und Terror hätten 90 Millionen Menschen das Leben gekostet. Russland hätte ohne die Vernichtungserfahrungen des 20. Jahrhunderts im Jahr 2000 nicht 145, sondern 258 Millionen Einwohner haben können.⁶⁵ Auf einer Sitzung der »Realisten«, eines Moskauer Intellektuellenvereins aus Institutsdirektoren, Parteistrategen und kritischen Köpfen, verlangte der Direktor des Instituts für Globalisierung, Michail Deljagin, im Mai 2006, dass den Menschen erst der »Sinn des Lebens« zurückgegeben werde müsse. Vorher seien von ihnen keine höhere Geburtenraten zu erwarten.⁶⁶

Rossijskoj Federacii [Rede vor der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation], 10.5.2006, <www.kremlin.ru/eng/speeches/2006/05/10/1823_type70029type82912_105566.shtml>; Nikolaj Šmelev, »Rossija čerez 50 let: vozmožnye scenarii buduščego« [Russland in 50 Jahren. Mögliche Zukunftsszenarien], in: *Sovremennaja Evropa*, 6 (2006) 1, S. 5–24, hier S. 9, oder Leonid Mišin, »Nacional'naja demografija: nužen kapremont« [Nationale Demographie. Wir brauchen eine Generalsanierung], <www.apn.ru/opinions/print9759.htm>; Walter Laqueur, »Raum ohne Volk. Russlands Bevölkerung schrumpft und gefährdet den Staatsbestand«, in: *Die Welt*, 21.6.2007, S. 6.

⁶³ Zit. nach Daniel Brössler, »Die Russen sterben aus«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 17.10.2007 (Internetausgabe), <www.sueddeutsche.de/gesundheit/artikel/673/138390/print.html>.

⁶⁴ Vižnevskij, *Demografičeskaja modernizacija* [wie Fn. 9], S. 383.

⁶⁵ Ebd., S. 446.

⁶⁶ Mišin, »Nacional'naja demografija« [wie Fn. 62].

⁵⁹ UN Population Division, *World Population Prospect 2006* [wie Fn. 1], S. 49, 53.

⁶⁰ *Rossijskaja gazeta*, 7.3.2007 (Integrum-Datenbank).

⁶¹ Dmitri Trenin, *Russland. Die gestrandete Weltmacht. Neue Strategien und die Wende zum Westen*, Hamburg 2005, S. 31.

⁶² Vgl. Reaktionen auf die Grundsatzrede Präsident Putins vom Mai 2006: Vladimir Putin, *Poslanie Federalnomu Sobraniju*

In der Wahrnehmung seiner Eliten schränkt der demographische Defekt die Rückkehr Russlands als Großmacht massiv ein. Manche spitzen das Problem zu, andere warnen vor Panikmache.⁶⁷ Michail Deljagin handelte das Thema mit dem sarkastischen Hinweis ab, zehn Millionen Menschen reichten aus, um Russlands Öl- und Gaspipelines in Betrieb zu halten, 20 bis 30 Millionen, um die Menschen an den Pipelines zu betreuen. Die restlichen 100 Millionen seien überflüssig.⁶⁸ Die sicherheitspolitische Dimension der defekten demographischen Verhältnisse liegt neben einer numerischen Schwächung auch auf der Perzeptionsebene. Russland wird vorläufig daran interessiert bleiben, sein Modell des Wandels zu einer autoritär geführten und semi-demokratisch verfassten Großmacht⁶⁹ offensiv nach außen zu vertreten, insbesondere im postsowjetischen Raum. Die demographischen Defizite bilden dabei jedoch ein schwerwiegendes Hindernis.

Demographie im Wahlkampf

Im Wahlkampf zur Dumawahl 2007 gehörte die demographische Krise zu den innenpolitischen Leitthemen. Jede Partei war bemüht, dem Thema und damit nicht zuletzt der besonderen Aufmerksamkeit gerecht zu werden, die der Präsident ihm zuteil werden ließ. Unterstützer wie auch Kritiker Putins hatten gleichermaßen die Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik als Wahlkampfthema entdeckt. Für die Kreml-Partei »Einiges Russland« war die Zukunft der Bevölkerungsentwicklung und der Gesundheit sogar »das Wichtigste«. Vor allem sei es notwendig, auf die »Qualität des Lebens« einzuwirken, um die Geburtenrate zu verbessern, so die oben zitierte Ausschussvorsitzende für Frauen, Familie und Kinder, Ekaterina Lachowa. Man müsse nicht nur die Demographie selbst zu einem

nationalen Projekt machen, sondern auch die geistig-moralische Erziehung der Jugend.⁷⁰

Wladimir Schirinowski von der Liberal-Demokratischen Partei Russlands (LDPR) hingegen unterstützte Putins Kurs im Wahlkampf »vollständig«. Seiner Ansicht nach brauche Russland jedoch »doppelt so viele Menschen wie heute«. Ein großes Land könne nur selbständig sein, wenn es mehr als 300 Millionen Menschen besitze, das zeigten die Beispiele USA, China, Indien, EU, so Schirinowski. Seine Partei schlage daher neben Maßnahmen für kinderlose Familien wie Leihmütter oder künstliche Befruchtung das »Einsammeln von Menschen auf dem gesamten Planeten« (*sobiranie ljudej po vsej planete*) vor. »Überschüssige Bevölkerung gibt es auf der ganzen Welt: Afrika, Asien, Lateinamerika. Man könnte sich mit den Regierungen der überbevölkerten Staaten abstimmen, damit sie diese Überschüsse zur Ansiedlung nach Russland schicken ... Vor allem sollten wir die Slawen einladen: Serbien, Ukraine, Belarus, Bulgarien, Makedonien. Dann die christliche Welt: Georgien, Armenien, Lateinamerika, Griechenland, Äthiopien etc. Und schließlich – die Muslime (vor allem aus Zentralasien) und die Bewohner der Region des Stillen Ozeans.«⁷¹

Auch die liberale Opposition nahm sich des Themas an und forderte in der Person Boris Nemzows von der »Union der Rechten Kräfte« nicht ohne Pathos eine »Humanisierung der russischen Machthaber«. Für die gegenwärtigen Nationalen Projekte wende der Staat gerade einmal einige Zehntelprozent des BIP auf, während Gasprom für Roman Abramowitschs Sibneft-Anteile 13 Milliarden US-Dollar ausgegeben habe, also mehr als ein Prozent des BIP. Dies bedeute, dass »das nationale Projekt »R. Abramowitsch« für die Machthaber wichtiger ist als alles andere«. Außerdem würden die Finanzmittel zur Steigerung der Geburtenrate nur die »heruntergekommenen Familien« (*ljumpenizirovannye sem'i*) interessieren, da für diese Menschen 1500 bis 3000 Rubel »schnell verdientes Geld« seien, für das man sich mehrere Dutzend Flaschen Wodka kaufen könne. Nemzows Sinn für Nationalismus erwachte schließlich bei dem Argument, das »Mutterkapital« – ein im Rahmen der Nationalen Projekte gewährter finanzieller Anreiz zur Geburt von Kindern – rege vor allem die Fertilität in muslimischen Regionen Russlands an, was »kreuzgefährlich« für Russland

67 Valerij Tiškov, »Strasti po demografii« [Leidenschaften der Demographie], in: *Ėkspert*, (6.2.2006) 5 (Internetausgabe), <www.expert.ru/printissues/expert/2006/05/strasti_po_demografii/>.

68 Dmitrij Ivanov, »O čem ne skazal prezident« [Worüber der Präsident nicht gesprochen hat], (25.5.2006), <www.lenta.ru/articles/2006/05/25/demography/_Printed.htm>.

69 Azar Gat, »The Return of Authoritarian Great Powers«, in: *Foreign Affairs*, 86 (Juli/August 2007) 4, S. 59–69, <www.foreignaffairs.org/20070701faessay86405/azar-gat/the-return-of-authoritarian-great-powers.html>.

70 »Kakie ešče nacproekty nužny Rossii?« [Welche nationalen Projekte braucht Russland noch?], in: *Ėkspert*, (15.10.2007) 38, <www.expert.ru/printissues/expert/2007/38/vybory/>.

71 Ebd.

sei. Damit würde die »ethnische Balance« (*mižnacional'nyj balans*) zerstört. Das wichtigste nationale Projekt sei der »Wechsel des sozioökonomischen Kurses vom Modell der korrupten Bürokratie zur sozialen Marktwirtschaft«. ⁷²

Es ist zweifellos ein Verdienst Wladimir Putins, das Thema Demographie insbesondere in seiner zweiten Amtszeit zur Chefsache gemacht und Maßnahmen gegen die demographische Krise eingeleitet zu haben. Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen hat Ministerpräsident Viktor Subkow die Verbesserung der demographischen Situation sogar zur »Hauptaufgabe aller Ministerien der Russischen Föderation für 2008« erhoben. ⁷³ Insbesondere die Folgen der irregulären Migration sorgten in Russland jedoch auch für nationalistische Gegenreaktionen im Elitendiskurs und für gewaltförmige Antworten der Gesellschaft.

Nationalismus als Antwort

Die offiziellen Demographie-Debatten sind ein Reflex auf die Reaktionen innerhalb der russischen Gesellschaft. Diese reichen von nachdenklichen Ermahnungen der Kirche bis zu gewaltsamen Übergriffen auf nichtrussische Migranten. So äußerte sich der Patriarch von Moskau und der ganzen Rus, Alexej II., mehrfach zur demographischen Krise. Es sei die Pflicht aller – »der staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen, der wissenschaftlichen und medizinischen Organisationen, der Kulturschaffenden, der kirchlichen Würdenträger und sogar der Rechtsorgane –, »für die Verteidigung der Gegenwart und Zukunft unseres Vaterlandes einzustehen«. Staat und Kirche wie Teile der nationalen Intelligenz und der patriotisch-nationalistischen Parteien und Organisationen nehmen sich neuerdings des Themas demographische Krise an und rufen zur »Verteidigung Russlands« gegen diese »Bedrohung von innen« auf. ⁷⁴

⁷² Zitiert in: »Kakie ešče nacproekty nužny Rossii?« [Welche nationalen Projekte braucht Russland noch?], in: *Ekspert*, (15.10.2007) 38, <www.expert.ru/printissues/expert/2007/38/vybory/>.

⁷³ »Improvement of Demographic Situation Is Russia's Main Task – Zubkov«, in: *Johnson's Russia List*, 17.1.2008 (Internetausgabe).

⁷⁴ Aleksej II., »Za velikoe demografičeskoe otkrytie« [Für einen großen demographischen Neuanfang], in: *Kommersant'Vlast'*, (20.6.2005) 24 (Internetausgabe), <www.kommersant.ru/doc.aspx?docid=585979>. Der Patriarch sah die Ursache der demographischen Krise vor allem in »fehlende[r] tiefe[r] Frömmigkeit und moralischer Orientierungen«

In die Sorge um Russlands Zukunft im Kontext demographischer Veränderungen mischen sich unterdessen nationalistische Töne, die vor der veränderten ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung warnen: Russland werde in dreißig Jahren ein islamischer Staat sein, verlautet es immer häufiger aus der nationalen Presse, aber auch aus Kreisen internationaler Beobachter. Teile der Gesellschaft reagieren mit Nationalismus und Xenophobie und betrachten – wie der im nationalistischen Milieu verwurzelte und der Partei »Rodina« (»Heimat«) nahestehende St. Petersburger »Russische Historische Klub« – die jährlichen Bevölkerungsverluste Russlands gar als Ergebnis eines planmäßigen »Genozids« am russischen Volk. ⁷⁵

Andere reagieren mit physischer Gewalt: 2005 wurden nach Übergriffen auf Ausländer und Angehörige ethnischer Minderheiten in Russland fünfzig Todesfälle registriert. Straftaten mit eindeutig rassistischem Hintergrund wurden von der Regierung als »Hooliganismus« klassifiziert. Rechtsanwälte, Journalisten oder Politiker, die sich für Opfer ethnisch motivierter Straftaten einsetzten, wurden nicht selten selbst zum Ziel von Übergriffen. ⁷⁶ Starke irreguläre Migration führt zu einer veränderten ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung und zur Verfestigung kultureller Hierarchien mit einem deutlichen Abstand zwischen Russen und den abschätzig als »Schwarze« bezeichneten Kaukasusvölkern. Bereits 62 Prozent der Russen möchten Umfragen zufolge, dass der Zuzug bestimmter Ethnien in ihre Region beschränkt werde, 52 Prozent stimmten 2006 der Losung »Russland den Russen« zu. ⁷⁷

Die 35 000 Einwohner zählende Stadt Kondopoga im nordwestrussischen Karelien, auf deren Wochenmarkt bis zum Herbst 2006 vor allem tschetschenische Händler ihre Waren verkauften, wurde zum Symbol dieser nationalistischen Entwicklung. Hier führten im September 2006 unter Alkoholeinfluss ausgelöste Bagatellkonflikte zu einem interethnischen Bandenkrieg zwischen Tschetschenen und Russen, bei dem mehrere Menschen zu Tode kamen. Deutlicher noch

der Menschen. Die Rückkehr zur Religion sei der entscheidende Weg aus der Krise.

⁷⁵ »My dožili do strašnogo vremeni, kogda načalos' vymiranie našego naroda« [Wir sind in einer schrecklichen Zeit angekommen, in der das Aussterben unseres Volkes beginnt], in: *Russkaja linija*, 30.9.2006 (Integrum-Datenbank).

⁷⁶ Galina Stolyarova, »Gangs: Vigilante Justice«, in: *Transitions Online*, 30.8.2007 (Integrum-Datenbank).

⁷⁷ Heinemann-Grüder, »Ein Schritt vorwärts, zwei zurück« [wie Fn. 47], S. 159.

als die Übergriffe selbst brachte die anschließende Demonstration von 2000 Russen den xenophobischen Trend in der russischen Gesellschaft zum Ausdruck: Die Demonstranten warfen den Behörden vor, ihre »Stadt an Fremde zu verkaufen«, und zogen später plündernd durch die Straßen.⁷⁸ In darauffolgenden Moskauer Protestaktionen wie dem vom Vorsitzenden der »Rodina«-Partei, Dmitri Rogosin,⁷⁹ und der »Bewegung gegen illegale Migration« organisierten »Russischen Marsch« vom 6. November 2006 wurde schließlich das Konfliktpotential erkennbar, das eine populistische Instrumentalisierung der demographischen Krise mit sich bringen kann.⁸⁰ Als umso dringlicher erwiesen sich politisch-praktische Konzepte der Bevölkerungspolitik, die von der russischen Regierung in den zurückliegenden Monaten entwickelt und in Ansätzen bereits in die Praxis umgesetzt wurden.

78 »Gorjačaja točka Severa« [Heißer Punkt des Nordens], in: *Kommersant'-Vlast'*, 11.9.2006, S. 36–37.

79 Im Januar 2008 wurde Dmitri Rogosin von Präsident Putin zum Vertreter Russlands bei der Nato ernannt.

80 Michail Sokolov, »Den' ›narodnogo edinstva› 4 nojabrja: ›Russkij marš‹ protiv Antifasistskogo mitinga« [Tag der »Nationalen Einheit« am 4. November: »Russischer Marsch« gegen antifaschistisches Meeting], in: *Radio Svaboda*, 3.11.2006 (Integrum-Datenbank).

Politische Konzepte: »Souveräne Demographie«

Staatliche Demographiestrategie bis 2025

Nachdem Präsident Putin in der ersten Amtszeit seine Politik auf Ankündigungen beschränkt hatte, stellte er seit 2005 deutlich mehr administrative und materielle Ressourcen für die demographische Sicherheit bereit. Angesichts neuer alarmierender Trends – einer weiter sinkenden Lebenserwartung, geringen Fertilitätsraten und den sich abzeichnenden Konsequenzen für Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit – sah sich der russische Präsident gezwungen, Demographie zu einem Thema »nationaler Sicherheit« zu machen. Die Gründung des »Rates beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Realisierung der nationalen Projekte und der demographischen Politik« (*Sovet pri prezidente RF po realizacii prioritety nacional'nych proektov i demografičeskoj politike*) war eine erste greifbare Konsequenz. In der am 21. Oktober 2005 bestätigten Satzung des Rates wird ihm die Aufgabe zugeschrieben, Konzepte zur Eindämmung der demographischen Krise zu entwickeln, die als Bedrohung der nationalen Sicherheit eingestuft wird.⁸¹

Die Zusammensetzung des Gremiums zeigt die politische Relevanz der Unternehmung:⁸² Ihm gehören der Präsident, die zuständigen Minister (Wirtschaft, Finanzen, Bildung, Landwirtschaft, Gesundheit etc.), lokale Administratoren wie die Bürgermeister großer Städte oder Gouverneure wichtiger Regionen an. Neben einem Präsidium unter Leitung des bisherigen Vizepremiers, des Gasprom-Aufsichtsratsvorsitzenden und neugewählten Präsidenten Dmitri Medwedjew,⁸³ sind seither vier Arbeitsgruppen mit der Umsetzung

der »Nationalen Projekte« beschäftigt. Allerdings fällt auf, dass demographische Expertise im Sicherheitsrat Putins fehlt. Vertreter des Instituts für Demographie bei der Hochschule für Wirtschaft oder der Moskauer Staatsuniversität sucht man hier ebenso vergebens wie wissenschaftliche Experten aus der Region. Dafür ist der oben zitierte Wladimir Schirinowski, der die »überschüssige Bevölkerung des Planeten« für Russland zu gewinnen hofft, in seiner Eigenschaft als Stellvertreter des Dumavorsitzenden Mitglied im Rat.

Am 7. März 2007 beauftragte Putin den Rat, eine Konzeption zur Demographiepoltik auszuarbeiten. Damit markierte er gegen Ende seiner Amtszeit erneut die demographische Krise als Problem mit sicherheitspolitischer Dimension.⁸⁴

»Als Ziele der demographischen Politik der Russischen Föderation für den Zeitraum bis 2025 gelten die Stabilisierung der Bevölkerungszahl bis 2015 auf dem Niveau von 142 bis 143 Millionen Menschen und die Schaffung von Bedingungen für deren Wachstum bis 2025 auf 145 Millionen Menschen; gleichermaßen soll die Erhöhung der Lebensqualität und die Anhebung der durchschnittlichen Lebenserwartung bis 2015 auf 70 Jahre und auf 75 Jahre bis 2025 realisiert werden. [...] Hauptaufgabe der demographischen Politik der Russischen Föderation bis 2025 ist die Verringerung des Niveaus der Sterblichkeit um nicht weniger als das 1,6-Fache, vor allem unter der arbeitenden Bevölkerung [...], die Erhöhung der Fertilitätsrate um das 1,5-Fache durch die Geburt eines zweiten und weiteren Kindes in den Familien.«⁸⁵

⁸¹ *Položenie o Sovete po realizacii prioritetnych nacional'nych proektov i demografičeskoj politike* [Satzung des Rates zur Realisierung der nationalen Projekte und der demographischen Politik], 13.7.2006, <www.kremlin.ru/articles/95931.shtml>.

⁸² *Sostav Soveta po realizacii prioritety nacional'nych proektov i demografičeskoj politike po sostojanija na 6.11.2007* [Mitglieder des Rates zur Realisierung der nationalen Projekte und der demographischen Politik, Stand zum 6.11.2007], <www.kremlin.ru/articles/104046.shtml>.

⁸³ *Sostav prezidiuma Soveta po realizacii prioritetnych nacional'nych proektov i demografičeskoj politike po sostojaniju na 6.11.2007* [Mitglieder des Präsidiums des Rates zur Realisierung der nationalen Projekte und der demographischen Politik, Stand zum 6.11.2007], <www.kremlin.ru/articles/104047.shtml>

⁸⁴ *Vstupitel'noe slovo na zasedanii Soveta pri Prezidente Rossii po realizacii prioritetnych nacional'nych proektov i demografičeskoj politike* [Grußwort auf der Sitzung des Rates zur Realisierung der nationalen Projekte und der demographischen Politik beim Präsidenten Russlands], 7.3.2007, <www.kremlin.ru/text/appears/2007/03/119276.shtml>.

⁸⁵ Quelle: *Koncepcija demografičeskoj politiki Rossijskoj Federacii na period do 2025 goda* [Konzeption der demographischen Politik der Russischen Föderation bis 2025 (bestätigt durch den Ukas des Präsidenten der Russischen Föderation vom 9.10.2007)], S. 4ff (eigene Übersetzung), <<http://document.kremlin.ru/doc.asp?ID=041941>>.

Diese Ziele sind nach Meinung führender Demographen Russlands nicht zu erreichen.⁸⁶ Die Konzeption, die Anfang Oktober 2007 während des Wahlkampfes zu den Dumawahlen verabschiedet wurde, nennt dabei keine Zahlen zur Finanzierung der nötigen Maßnahmen oder zur Operationalisierung dieser Ziele. Vielmehr verweist das Papier auf die Umsetzung der Nationalen Projekte, die seit 2006 zum innenpolitischen Leitmotiv der zweiten Putin-Amtszeit avancierten. Obwohl das demographische Drama spätestens seit Mitte der neunziger Jahre abzusehen war, hatte die russische Führung sowohl unter Präsident Jelzin wie auch in der ersten Amtszeit Präsident Putins dessen Ausmaß unterschätzt. In der Logik der wirtschaftlichen und politischen Transformation kam die Bevölkerung nur als Kostenfaktor oder Wahlvolk vor. Probleme wie HIV/AIDS, die rückläufige Lebenserwartung, ausbleibende Zuwanderung und ethnische Spannungen wurden weitgehend totgeschwiegen. Obgleich Putin seit seinem Amtsantritt im Jahresabstand auf die demographische Krise hinwies, wurden zunächst keinerlei Maßnahmen ergriffen. Mit den Nationalen Projekten wandte sich die russische Führung erstmals umfassend den größten Risiken für die Zukunft Russlands zu.

Nationale Projekte – Gesundheit und Wohnraum

Die Überwindung demographischer Krisen erfordert Anstrengungen in verschiedenen Bereichen: Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik, Technologiepolitik, Finanz- und Wirtschaftspolitik sowie Außenpolitik. Die Nationalen Projekte deuten jene Reformagenda an, die Russland dringend zur Schließung der demographischen Sicherheitslücke benötigt. Auf Russland kommt eine Umschichtung seiner Sozialstruktur zu; Gesundheits- und Altersversorgung müssen eine völlig neue quantitative und vor allem qualitative Dimension erreichen. Die Projekte sollen eine neue Kompetenzverteilung und einen Finanzausgleich zwischen Föderation und Regionen schaffen. Dabei kann es nicht nur darum gehen, Gebiete und Föderalbezirke nach einem Abstufungsmodus an der Finanzierung der Projekte zu beteiligen. Vielmehr

⁸⁶ So neben anderen der stellvertretende Direktor des Instituts für Demographie, Hochschule für Wirtschaft, Moskau, Sergei Zacharov, auf dem Expertenmeeting »Demography Worldwide – Challenges in International Relations – A German-Russian Policy Dialogue«, Berlin, 30./31.10.2007.

müssen im Rahmen einer veränderten Haushaltspolitik nationale und regionale Zuständigkeiten neu und nachhaltig geordnet werden.⁸⁷

Ende Februar 2006 fand die erste große Debatte zum Thema Demographie im Rahmen einer »Regierungsstunde« statt. Die Abgeordneten der regierungsnahen Partei *Edinaja Rossija* schlugen unter anderem vor, die Gesundheitsversorgung zu verbessern. Als im Januar 2007 das Budget der Nationalen Projekte für 2007–2009 in der Duma verhandelt wurde, verwies Dmitri Medwedjew darauf, dass Russland im Vergleich zu 1998 ein »anderes Land« geworden sei: Anders als während der damaligen Finanzkrise verfüge es jetzt über Ressourcen zur Modernisierung. Bereits im Sommer 2006 sei es von einem Schuldner- zu einem Kreditorenland avanciert.⁸⁸

Für die Nationalen Projekte in den Bereichen Gesundheit, bezahlbarer Wohnraum, Bildung und Landwirtschaft⁸⁹ sollen 2007 bis 2009 jährlich 3,5 Prozent der Haushaltsausgaben aufgewendet werden;⁹⁰ im zweiten Jahr ihrer Laufzeit, dem Jahr der Präsidentschaftswahl 2008, sollen die Ausgaben bei 3,8 Prozent des BIP liegen. Noch ist offen, ob diese Initiativen die Zeiten des Wahlkampfes und der Machtübergabe von Präsident Putin an seinen Nachfolger Medwedjew überdauern werden und geeignet sind, zu Ausgangspunkten einer nachhaltigen Sozial-, Gesundheits-, Wohnraum- und Strukturpolitik zu werden. Zur Beilegung der demographischen Krise sind vor allem die Gesundheitspolitik und die Schaffung von Wohnraum relevant.

Gesundheit. Eine nachhaltige Sozial- und Gesundheitspolitik war weder unter Gorbatschow noch unter Jelzin entwickelt worden. Präsident Putin begann in seiner zweiten Amtszeit, die Gesundheitspolitik als

⁸⁷ Moskau bleibt hier die große Ausnahme. Die Stadt konnte 2006 ohne staatliche Haushaltsmittel allein 94 Kindergärten und 23 neue Schulen errichten; Ivan Rumjancev, »Stolica nacional'nych proektov« [Hauptstadt der Nationalen Projekte], in: *Moskovskaja pravda*, 18.1.2007, S. 2.

⁸⁸ Dmitrij Medvedev, »Nacional'nye proekty: ot stabilizacii – k razvitiju« [Nationale Projekte: von der Stabilisierung zur Entwicklung], in: *Kommersant*, 25.1.2007, <www.kommersant.ru/doc.html?docId=736696>.

⁸⁹ Vera Vasil'eva, *Megaproekt Dmitrija Medvedeva* [Das Megaprojekt von Dmitri Medwedjew], in: *www.lenta.ru*, 21.6.2006, <http://lenta.ru/articles/2006/06/21/medvedev1/_Printed.htm>.

⁹⁰ »Demografija – zadača obščencional'naja« [Demographie ist eine gesamtstaatliche Aufgabe], in: *Rjzanskoe vedomosti*, (6.6.2007) 166, S. 1.

erstrangige Reformaufgabe anzuerkennen.⁹¹ Obgleich die Grundversorgung noch immer nahezu kostenlos ist, muss der Patient bezahlen, wenn er angemessen und schnell behandelt werden will. Außerdem bleibt die Korruption vorläufig fester Bestandteil des Gesundheitswesens. Wer es sich leisten kann, meidet die bescheiden ausgestatteten Polikliniken der Städte und wendet sich an »Europäische Medizinische Zentren« in den großen Städten des Landes.⁹² Als Ergebnis des Nationalen Projekts Gesundheit konnte die Zahl der Ärzte um 3500 erhöht werden, nachdem die Absolventen von Hoch- und Fachschulen für Medizin in die medizinische Versorgung einbezogen wurden. Mehr als 13 500 Ärzte durchliefen im Rahmen des Programms Qualifizierungskurse; weitere 160 000 Angestellte der Medizinischen Punkte sowie der Schnellen Medizinischen Hilfe erhielten höhere Gehälter.

Auch die Einführung des sogenannten Mutterkapitals zum Januar 2007 ist Teil des Reformpakets. Danach erhalten Mütter drei Jahre nach Geburt oder Adoption eines zweiten Kindes Berechtigungszertifikate im Wert von 250 000 Rubel (9600 US-Dollar), also erstmals am 1. Januar 2010.⁹³ Diese Mittel sollen vor allem für soziale, medizinische und Bildungsaufgaben eingesetzt werden.⁹⁴ Eine direkte Auszahlung an Familien ist wegen der Gefahr der Zweckentfremdung nicht vorgesehen.⁹⁵ Insgesamt und insbesondere für das »Mutterkapital« sieht das Nationale Projekt Gesundheit für 2007 rund 40 Milliarden Rubel

91 Eine Einordnung der Gesundheitskrise Russlands in jene der osteuropäischen Transformationsgesellschaften erfolgt bei Ellen Nolte/Martin McKee/Anna Gilmore, »Morbidity and Mortality in the Transition Countries of Europe«, in: Miroslav Macura/Alphonse L. MacDonald/Werner Haug (Hg.), *The New Demographic Regime. Population Challenges and Policy Responses*, New York/Genf: United Nations, 2005, S. 153–176.

92 Kim Murphy, »The Vanishing Russians, Part II«, in: *Los Angeles Times*, 9.10.2006, S. A-1.

93 »Russian Women To Get Rbl. 250,000 in Support for Second Child«, in: *Johnson's Russia List*, 11.1.2007 (Internetausgabe).

94 Dmitri Babich, »Waiting and Hoping. Results from the National Projects Take More Time than Expected«, in: *Johnson's Russia List*, 13.3.2007 (Internetausgabe). Die Unterstützung für erwerbslose Mütter liegt niedriger als das Arbeitslosengeld. Sie beträgt 40% des mittleren Einkommens (maximal 6000 Rubel, mindestens aber 1500 Rubel monatlich beim ersten und 3000 für das zweite und jedes weitere Kind). Vgl. Irina Sklyarova, »Edinyj social'nyj porvy« [Gemeinsamer sozialer Durchbruch], in: *Vremja novostej*, 11.9.2006 (Internetausgabe).

95 So wurden in der Nacht des Inkrafttretens des »Mutterkapitals« vom 31.12.2006 zum 1.1.2007 allein in Nischnij Nowgorod 23 Kinder geboren, deutlich mehr als in der Neujahrsnacht 2005/06.

(1,5 Milliarden US-Dollar) zur Anhebung der Geburtenrate vor.⁹⁶

Bezahlbarer und komfortabler Wohnraum. Das Projekt greift eines der großen historischen Strukturprobleme Russlands auf: Das Angebot an städtischem Wohnraum ist in den Millionen-Metropolen (Moskau, St. Petersburg, Nowosibirsk, Jekaterinburg, Nischnij Nowgorod, Samara, Omsk, Kasan, Rostow, Tscheljabinsk, Ufa, Wolgograd) angesichts der Zuwanderungsraten ebenso unzureichend wie in kleineren Städten. Gleichzeitig steigen Mieten, Immobilienpreise, Baukosten (u.a. für Zement) und Kosten für kommunale Dienste dramatisch an.⁹⁷

Das ambitionierte Projekt umfasst die staatliche Förderung des Wohnungsbaus ebenso wie die Kreditvergabe durch Hypotheken. Das Gesamtvolumen des teuersten der Nationalen Projekte beläuft sich auf 900 Milliarden Rubel (33,75 Milliarden US-Dollar) bis 2009. Dieses Geld soll für die Versorgung junger Familien mit Wohnraum, die staatlichen Garantien und Subventionen zur Wohnungsversorgung, die Erschließung von Baugrundstücken, die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur und die Refinanzierung von Hypothekenkrediten⁹⁸ aufgewendet werden. Bis 2025 verspricht das russische Ministerium für regionale Entwicklung jeder Familie eine eigene Wohnung. Dies bedeutet, dass zwei Milliarden Quadratmeter Wohnraum geschaffen werden müssten.⁹⁹ Dass diese Zielgröße jedoch kaum zu erreichen sein dürfte, lässt sich an der Aussage des zuständigen Ministers ablesen, dass 2008 höchstens 70 Millionen Quadratmeter neuer Wohnraum gebaut werden können.¹⁰⁰ Nach Ansicht

96 Dmitrij Ivanov, »O čem ne skazal prezident« [Worüber der Präsident nicht gesprochen hat], in: *www.lenta.ru*, 25.6.2006, <www.lenta.ru/articles/2006/05/25/demography/_Printed.htm>.

97 Die Abfederung der explodierenden Kosten empfiehlt u.a. Ivan Rubanov, »Ne dadim sebja pochoronit'« [Wir lassen uns nicht beerdigen], in: *Ėkspert*, (5.3.2007) 9 (Internetausgabe).

98 Die Refinanzierung von Hypothekenkrediten erfolgt im Wesentlichen über die 2001 gegründete Agentur zur Kreditierung von Wohnungshypotheken (AIŽK), die von der Föderationsregierung gedeckte Obligationen ausgibt. Vgl. Maxim Poletaev, *Die nationalen Wohnungsprojekte in Russland und Deutschland. Eine vergleichende Analyse*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, März 2007 (SWP-Diskussionspapier), S. 20.

99 Arina Šaripova, »Otdel'nuju kvartiru každoj sem'e obeščajut uže k 2025« [Eine eigene Wohnung für jede Familie verspricht man jetzt schon bis 2025], in: *Kommersant*''Daily, 25.7.2007 (Internetausgabe), <www.kommersant.ru/doc.aspx?docsid=789573>.

100 So Dmitrij Kozak, Minister für regionale Entwicklung der Russischen Föderation, am 16.1.2008, <www.minregion.ru/WorkItems/NewsItem.aspx?NewsID=796>.

von Marktbeobachtern sind die Mittel zur Erreichung der ambitionierten Projektziele schlichtweg unzureichend. So sind beispielsweise die Bau- und Baumaterialindustrie auf ein schnell anwachsendes Produktionsvolumen gar nicht vorbereitet; auch die lokalen Behörden sperren sich gegen Veränderungen der Wohnungsmarktstrukturen.¹⁰¹

Die Wahrnehmung der Nationalen Projekte bei Bevölkerung und Experten ist ambivalent. Bislang steht die Mehrheit der Bürger ihnen ungeachtet der Erfolgsmeldungen während des Wahlkampfes skeptisch gegenüber. So waren 2006 nur 13 Prozent der Menschen davon überzeugt, dass sich während der Projektlaufzeit in der Präsidentschaft Putins die Krankenversorgung verbessert hat. Ähnlich schwach sind die Zustimmungswerte in puncto Wohnungssituation (10%) und Hochschulausbildung (13%). Ungeachtet dessen hoffen die Menschen weiter auf staatliche Lösungen für ihre sozialen Probleme.¹⁰²

Migrationsprogramm

»Landsleute nach Russland!«

Wie andere Industriestaaten (Deutschland, Italien, Japan) kann auch Russland das Schrumpfen seiner Bevölkerung nicht durch Zuwanderung kompensieren. Russland ist auf eine wachsende kontrollierte Zuwanderung angewiesen. Dabei fällt ins Gewicht, dass sich derzeit nach Schätzungen der UN etwa neun Millionen Migranten illegal in Russland aufhalten.¹⁰³ Erstmals befasste sich der Sicherheitsrat der Russischen Föderation im März 2005 mit dem Problem der ausbleibenden Migration. Präsident Putin kündigte eine »groß angelegte Attraktion« ausländischer Arbeiter und eine »grundlegende Korrektur der Einwanderungspolitik« an. Dabei hat er vor allem die Rückwanderung ethnischer Russen im Blick. Zur Einwanderung motivieren sollen dabei die russische Staatsbürgerschaft sowie materielle Anreize in Form von

Unterstützungszahlungen bei Übersiedlung.¹⁰⁴ Das im Mai 2006 bestätigte Programm zur »Unterstützung der freiwilligen Übersiedlung in die Russische Föderation von Landsleuten, die außerhalb Russlands leben«, bezieht zunächst zwölf Regionen ein, in denen das Programm probeweise angewendet werden soll. Derzeit wird aber Zuwanderung nur in die Regionen des fernöstlichen Föderalbezirks vorgesehen und unterstützt.

Allerdings fehlen dem »Landsleute«-Programm¹⁰⁵ bislang überzeugende Anreize, die Menschen dazu bewegen könnten, sich in den kalten und unwirtschaftlichen Regionen Sibiriens niederzulassen. Die kontrollierte Anwerbung von Arbeitskräften in Zentralasien (vor allem Usbekistan) oder China wird daher als zusätzliche Option genutzt. Von Januar bis September 2007 konnten – wie bereits auf Seite 13 vermerkt – aus Zentralasien insgesamt 68 000 Menschen angeworben werden. Aus China übersiedelten dagegen nur 820 Personen offiziell nach Russland.¹⁰⁶ Doch der Migrationsdruck in China wächst. In den drei an Russland grenzenden chinesischen Provinzen Jilin, Heilongjiang und Nei Mongol (Autonome Region) leben etwa 112 Millionen Menschen; im Jahr 2020 werden es bis zu 130 Millionen sein. Derzeit wird auf zentraler und lokaler Ebene darüber nachgedacht, den Zuzug chinesischer Migranten in die ostsibirischen Provinzen schrittweise zu liberalisieren. Städte im Fernen Osten wie Chabarowsk sind bei chinesischen Händlern besonders beliebt. Bis 2050 könnte sich Schätzungen zufolge die Zahl der in Russland lebenden Chinesen auf bis zu 20 Millionen erhöhen.¹⁰⁷

104 »Vstupitel'noe slovo Prezidenta RF V. V. Putina na zasedanii Soveta Bezopasnosti po migracionnoj politike 17 marta 2005 g., Moskva« [Grußwort des Präsidenten der Russischen Föderation auf der Sitzung des Sicherheitsrates zur Migrationspolitik, 17.3.2005, Moskau], in: *Vestnik Foruma*, (2005) 3, S. 3–4. So werden denjenigen Russen aus Lettland 1700 Euro in Aussicht gestellt, die in das Kaliningrader Gebiet übersiedeln. Information aus Hintergrundgesprächen in St. Petersburg im Juni 2007.

105 Das Programm unterscheidet nach A-, B- und C-Regionen, in die Zuwanderung erfolgen darf. A-Regionen sind bedeutende Investitionsstandorte, in denen Arbeitskräftemangel herrscht. Hier erhalten die Zuwanderer keinerlei finanzielle Unterstützung, während der Zuzug in die weniger attraktiven B- und C-Regionen mit abgestuften Beträgen alimentiert wird. Insofern sind »Peripherien« und auch »Zentren« in Russland durchaus unterschiedlich attraktiv für Migranten. Vgl. Anna Kačurovskaja, »Nedorogie sootečestvenniki« [Billige Landsleute], in: *Kommersant''Vlast'*, 11.6.2007, S. 13ff.

106 Vgl. Sklyarova, »Fewer and Fewer« [wie Fn. 41].

107 Richard Weitz, »Demographics Undermining Russia's Position in Asia«, in: *World Politics Review*, 15.1.2007, <www.

101 Poletaev, *Die nationalen Wohnungsprojekte* [wie Fn. 98], hier vor allem S. 19–29.

102 Michail Gorskow, *Meinungen zur Sozialpolitik in Russland. Eine Umfrage im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Kommentierte Auswahl einiger Ergebnisse*, Moskau 2006, <www.fesmos.ru/Publikat/003_Sozialpolitik_2006/Sozialpolitik_in_Russland_dt.pdf>.

103 Timothy Heleniak, *Russia's Demographic Decline Continues*, Washington, D.C.: Population Reference Bureau, Juni 2002, <www.prb.org/Articles/2002/RussiasDemographicDeclineContinues.aspx>.

Die Migrationspolitik gegen Ende der Amtszeit Putins reagiert zwar auf die geringen Zuwanderungszahlen; gleichwohl besteht ein unausgewogenes Verhältnis zwischen Zuwanderungsbedarf, Aufnahmekapazität und realer Nettozuwanderung. Der Chef des Föderalen Amtes für Migration gibt an, dass Russland pro Jahr 200 000 Personen aufnehmen kann (2007 sollten zunächst 50 000 Menschen einwandern).¹⁰⁸ Angesichts der Dynamik des Bevölkerungsrückgangs benötigt Russland nach UN-Angaben jedoch eine Nettozuwanderung von 500 000 Menschen pro Jahr (oder 25 Millionen bis 2050), wenn es seine Bevölkerungszahl bis 2050 auf dem gegenwärtigen Niveau stabilisieren möchte.¹⁰⁹ Von einem noch größeren Bedarf ging Wladimir Jakowlew aus, der damalige Minister für regionale Entwicklung, der 2006 für Russland »eine Million neue Arbeitskräfte pro Jahr« forderte.¹¹⁰

Die Kreml-Führung trifft bei ihrem Bemühen, die russische Bevölkerung von der Notwendigkeit geregelter Zuwanderung auch muslimischer Migranten zu überzeugen, auf harten Widerstand. Im Sommer 2006 kündigte der Präsident an, dass Russland eine Million Zuwanderer aus den GUS-Staaten zur Einwanderung bewegen wolle und eine weitere Million Arbeitsmigranten zu legalisieren beabsichtige. Die russische Führung versucht darüber hinaus, Russen zur Rückkehr in den nördlichen Kaukasus zu motivieren.¹¹¹

Für den Kreml stellt sich die Doppelaufgabe jedweder Integrationspolitik: eine soziale, wirtschaftliche und kulturelle Eingliederung der Migranten auf der einen und eine Eindämmung der irregulären Migra-

tion auf der anderen Seite. Vereinfachte Registrierungsprozeduren und gezielte Beschäftigungsprogramme sind nur zwei Instrumente dazu.

Mit dem am 15. Januar 2007 verabschiedeten Migrationsgesetz sollte das irreguläre Einwandern von Wirtschaftsmigranten auf die Wochenmärkte der Metropolen und Provinzhauptstädte eingeschränkt werden. Für 2007 wurde eine Obergrenze von sechs Millionen Arbeitsmigranten aus Ländern der GUS und Asiens festgelegt. Bis zum 1. April 2007 galt eine Übergangsregelung, nach der auf einem Markt in Russland höchstens 40 Prozent Ausländer Handel treiben durften. Seitdem aber ist es Ausländern generell verboten, auf Wochenmärkten Waren zu verkaufen. Von diesem Zeitpunkt an durften nur noch russische wie auch nichtrussische Staatsbürger der Russischen Föderation als Händler tätig sein.

Die russische Wirtschaft auf regionaler Ebene ist von der Neuregelung ebenso betroffen (aus Rostow am Don berichtete sogar das Staatsfernsehen, der Handel sei schon am Tag der Einführung des Gesetzes »paralysiert« gewesen) wie die Herkunftsländer der illegalen Migranten, vor allem Aserbaidshan und Tadschikistan. Diese befürchteten neben wirtschaftlichen Einbußen der Gewerbetreibenden eine massenhafte Ausweisung illegaler Händler aus Russland. Die Interessenlagen der Herkunfts- und der Aufnahmestaaten klaffen deutlich auseinander.¹¹² Zahlreiche illegale Migranten weichen unterdessen auf die Märkte der angrenzenden Länder (Ukraine, Belarus, Kasachstan) aus.¹¹³

Die jetzt ansatzweise entwickelte Zuwanderungspolitik enthält wichtige Instrumente gegen die weitere Bevölkerungsabnahme in Russland. Eine gesteigerte Migration vor allem aus den Ländern Zentralasiens, des südlichen Kaukasus und aus China muss jedoch von einem vereinfachten Staatsbürgerschaftserwerb begleitet sein. Derzeit warten 1,5 Millionen Menschen aus den genannten Herkunftsstaaten auf die Verleihung der russischen Staatsbürgerschaft. Um dem Problem der illegalen Zuwanderung beizukommen, wären vor allem Abschiebeabkommen, die Erweiterung legaler Zuwanderungsmöglichkeiten und die Bekämpfung der Ursachen für die Wande-

worldpoliticsreview.com/article.aspx?id=473>. Derzeit wird in der offiziellen Statistik angenommen, dass insgesamt 500 000 Chinesen in Russland leben: Zhanna Zayonchkovskaya, »Who Needs Chinese in Russia?«, in: *RIA Novosti*, 23.8.2006, nach *Johnson's Russia List*, 23.8.2006 (Internetausgabe).

108 Zum Programm »Landsleute« (»Sootečestvinniki«) vgl. Kačurovskaja, »Nedorogie« [wie Fn. 105]. Am Programm nehmen teil die Bezirke Krasnojarsk, Primorsk und Chabarowsk sowie die Gebiete Amursk, Irkutsk, Kaliningrad, Kaluga, Lipezk, Nowosibirsk, Tambow, Twer und Tjumen.

109 UN Population Division (Hg.), *Replacement Migration: Is It a Solution to Declining and Ageing Populations?*, New York 2001, S. 65, <www.un.org/esa/population/publications/migration/migration.htm>.

110 Zitiert in: Galeotti, »Russia Facing a Serious Demographic Security Crisis« [wie Fn. 58].

111 So soll in Inguschetien als Integrationsangebot und zur Verhinderung einer fortschreitenden Islamisierung in jedem Dorf eine neue russisch-orthodoxe Kirche errichtet werden. 2005 kehrten tatsächlich 800 Russen nach Inguschetien zurück. Murphy, »The Vanishing Russians, Part II« [wie Fn. 92].

112 »How the Media Portrayed Russia's New Migrant Quotas« (17.1.2007), in: *BBC Monitoring, Johnson's Russia List*, 19.1.2007 (Internetausgabe). Schätzungen zufolge sind allein 400 000 Tadschiken zeitweise in Russland tätig, die Mehrzahl von ihnen illegal.

113 Galina Vitkovskaja, »Inostrancy v Rossii«, in: <www.kreml.org/interview/142493121>.

rungsbewegungen erforderlich. Die russische Regierung wird dem Widerspruch zwischen einem massiven Zuwanderungsbedarf und einer überwiegend irregulären Migration nur Herr werden können, wenn sie mit den Herkunftsstaaten dieser Migranten in Zentralasien und dem südlichen Kaukasus zusammenarbeitet.

Nichtstaatliche Lösungsvorschläge

Jenseits der Nationalen Projekte und staatlicher Migrationsprogramme sind unmittelbare gesundheits- und sozialpolitische Maßnahmen zur Eindämmung der demographischen Krise erforderlich. Experten der Moskauer Lomonossow-Universität, der Moskauer Hochschule für Wirtschaft oder des Instituts für Wirtschaft und Industrie der Sibirischen Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften in Nowosibirsk haben dazu bedenkenswerte Vorschläge unterbreitet. Danach sollten Mittel und Methoden der Geburtenkontrolle allgemein zugänglich und bekannt gemacht werden (Kontrazeptiva, Verringerung der Schwangerschaftsabbrüche). Eine höhere Geburtenrate lasse sich nicht durch Kampagnen, sondern eher durch verbesserte soziale und wirtschaftliche Verhältnisse stimulieren. Die Förderung der »reproduktiven Gesundheit« sei hierbei ein wichtiges Ziel. Gegen die sinkende Lebenserwartung seien neben einer effektiven Gesundheits- und Sozialpolitik unter anderem Antialkoholismusprogramme, Antisuchtprogramme sowie neue Entzugskliniken unbedingt notwendig. Die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gilt dabei als wichtige Voraussetzung für die Realisierung von Kinderwünschen.¹¹⁴

Die neuen demographischen Modelle, die in der Provinz ausgearbeitet wurden, gehen über die unmittelbare Arbeitsmarktpolitik hinaus. Hier werden Strategien entwickelt, die auf die Bewältigung des Transformationsstresses gerichtet sind. So wurden am Nowosibirsker Akademie-Institut zusätzlich Konzepte

für neue Lebens- und Familienmodelle, eine Re-Urbanisierungspolitik sowie »Kind und Karriere«-Lösungen erarbeitet. Beispiele zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität sowie neue Arbeitsvermittlungsinstrumente sind auch auf der lokalen Ebene zu finden. Das Zentrum für Arbeitsmigration in Nowosibirsk vermittelt Zuwanderer gezielt an den Arbeitsmarkt und entwickelt Vorschläge zur Ansiedlung in der südwestsibirischen Industrieregion. Damit soll der Abwanderung entgegengewirkt und die irreguläre Zuwanderung vermindert werden.

114 Beiträge von Vladimir Ioncev, Valeri Elisarov (beide Lomonossow-Universität Moskau), Sergei Zacharov (Hochschule für Wirtschaft, Moskau), in: »Demography Worldwide – Challenges in International Relations – A German–Russian Policy Dialogue«, Planungsstab des Auswärtigen Amtes/ Robert Bosch Stiftung, Expert Meeting, Berlin, 30./31.10.2007, sowie S. V. Soboleva, »Sovremennaja demografičeskaja politika v Sibiri«, Vortrag auf der Konferenz »Sibirien–Deutschland. Dynamik demographischer Prozesse«, Nowosibirsk, 9.–11.7.2007.

Fazit und Handlungsempfehlungen

Russlands demographische Krise ist mit wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Zukunftsrisiken verbunden. Vor allem von den Folgeproblemen der Alterung, der geringen Fertilität und der regionalen Differenzierung können destabilisierende Wirkungen auf die Staatlichkeit der Russischen Föderation ausgehen. Die Geburtenrate lässt sich nicht durch »Aktionen« und Kampagnen steigern. Dazu bedarf es vielmehr einer komplexen Sozialpolitik: Gesundheitspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Konzepte zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Wohnungspolitik in Form von Kleinkrediten und Bausparmodellen. Da westliche Industrienationen damit einige Erfahrungen gesammelt haben, ergeben sich auch für die Kooperation der EU und Deutschlands mit Russland neue Ansatzpunkte.

Die im zweiten »Gemeinsamen Raum«¹¹⁵ der EU-Russland-Beziehungen vereinbarte Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik sollte sich konkreter um Gesundheitspolitik und Gesundheitsversorgung bemühen. Dabei geht es nicht primär um Strukturhilfen, sondern eher um die Anregung von Investitionen zur Errichtung von Wohnraum, Krankenhäusern und Sozialeinrichtungen. Neue gemeinsame Forschungsprojekte zur Bekämpfung von HIV/AIDS oder Tuberkulose könnten zu Kernthemen der gesundheitspolitischen Kooperation werden.¹¹⁶

Im Sinne der Europäisierung des Demographieproblems eröffnen sich zusätzliche Kooperationschancen durch Regionalpartnerschaften auf Föderationssubjekt- und Bundesländer-Ebene. Diese können zur Förderung der Infrastruktur oder bei der öffentlichen Verwaltung genutzt werden. Für die Migrations- und Zuwanderungspolitik ließen sich die Erfah-

rungen Nordrhein-Westfalens fruchtbar machen. Dessen Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration hat bereits Angebote zur Zusammenarbeit mit Russland auf zentraler und lokaler Ebene unterbreitet. Dabei stehen Integrationsmodelle und der Umgang mit Migranten in deutschen Großstädten im Zentrum.¹¹⁷

Die demographische Krise wird ein Zukunftsthema der russischen Politik bleiben. Jede neue Regierung wird sich mit dem Problem und seinen Erscheinungen auseinandersetzen müssen. Zur Stärkung der demographischen Kompetenz in Russland wäre die Schaffung eines Studiengangs für Demographie an einer der Moskauer oder der neuen Nationalen Universitäten denkbar. An die Erfahrungen Deutschlands und der EU im Umgang mit Abwanderung und regionaler Entvölkerung sowie Integrationsaufgaben könnte dabei nutzbringend angeknüpft werden. Zusätzlich erscheinen die Erarbeitung von Curricula und ein Wissenschaftleraustausch (Stipendien, Gastprofessuren) sinnvoll.

Möglichkeiten für sicherheitspolitische Kooperation ergeben sich im Bereich der Militärreform. Die russischen Bemühungen um Konsolidierung und Effizienzsteigerung der Streitkräfte werden vor dem Hintergrund der demographischen Krise deutlich zunehmen. Hier bieten sich im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und im Rahmen des Nato-Russland-Rates Möglichkeiten zur Zusammenarbeit, nicht zuletzt im militärmedizinischen Bereich. Insbesondere der Nato-Russland-Rat könnte mit der Demographie ein vopolitisches Handlungsfeld eröffnen, an dem die Nato und Russland gleichermaßen Interesse haben.¹¹⁸

115 Vgl. Hannes Adomeit/Rainer Lindner, *Die »Gemeinsamen Räume« Russlands und der EU. Wunschbild oder Wirklichkeit?*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, November 2005 (SWP-Studie 34/2005), sowie Rainer Lindner, »Das Russland-Dossier der deutschen EU-Präsidentschaft: Zwischen Realinteressen und Nachbarschaftskonflikten«, in: Daniela Kietz/Volker Perthes (Hg.), *Handlungsspielräume einer EU-Ratspräsidentschaft. Eine Funktionsanalyse des deutschen Vorsitzes im ersten Halbjahr 2007*, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, September 2007 (SWP-Studie 24/2007), S. 80–86.

116 <http://ec.europa.eu/comm/external_relations/russia/russia_docs/road_map_ces.pdf>.

117 Statement des Ministers auf der Sitzung der Zukunftswerkstatt des Petersburger Dialogs am 11.5.2006 in Düsseldorf: Minister Armin Laschet, »Europa muss bei der Integration enger zusammenarbeiten«, <www.nrw.de/Presseservice/archive/presse2006/05_2006/060511MGFFI.php>.

118 Rainer Lindner, »10 Years of Nato-Russia Cooperation: Lessons and Achievements«, in: *Modern Risks and Security Threats: The Role of the NRC*, Vortrag auf dem Seminar des Nato-Russland-Rates, St. Petersburg, 25.6.2007.

Abkürzungen

AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
AIŽK	Agentstvo po ipotečnomu žiliščnomu kreditovaniju (Agentur zur Kreditierung von Wohnungshypotheiken)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BNE	Bruttonationaleinkommen
BRP	Bruttoregionalprodukt
ESVP	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
FB	Föderalbezirk
FMS	Federal'naja Migracionnaja Služba (Föderales Amt für Migration)
FPRI	Foreign Policy Research Institute (Philadelphia, Pa.)
FS	Föderationssubjekt
GKS	Goskomstat Rossii (Statistikamt der Russischen Föderation)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
HIV	Human Immunodeficiency Virus
IUSSP	International Union for the Scientific Study of Population
LDPR	Liberal-Demokratische Partei Russlands
NRC	Nato-Russia Council
RF	Russische Föderation
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
SAIS	School of Advanced International Studies (Washington, D.C.)
Tbc	Tuberkulose
UN	United Nations
UNAIDS	Joint United Nations Programme on HIV/AIDS
WHO	World Health Organization